

REDE FREI!

***Mit Recht über das
Evangelium sprechen.***



Evangelische Allianz
Deutschland

Christ
Jurist



ADF INTERNATIONAL

Kongresse Tagungen Regionalgruppen Netzwerk Projekte

Christ und Jurist

ist eine deutschlandweite
überkonfessionelle
Initiative

- + Glaube, Beruf & Studium verbinden
- + Juristen sammeln, stärken & senden
- + Rechtssuchenden Menschen dienen

Mehr Informationen
www.christ-jurist.de

Christ
Jurist

Stimmen zur Broschüre

Selten haben Christinnen und Christen in einem so freien Land gelebt wie der Bundesrepublik Deutschland. Die vorliegende Broschüre ermutigt, diese Freiheit dann auch zu nutzen für die öffentliche Rede von Gott. Ich bin dankbar für Sachverstand und Engagement unserer Geschwister von der juristischen Fakultät. Am meisten haben mich die Passagen angesprochen, wo es darum ging, diese Freiheit in Liebe zu nutzen: Ein Leben mit Christus führt nicht in die Enge, sondern befreit.

Pfarrer Oliver Albrecht

Propst für Rhein-Main

Gott sei Dank geht es uns Christen in Mitteleuropa gut und wir leiden weder unter Verfolgung noch Beschränkungen unserer Bekenntnisfreiheit. Aber tun wir genug, damit es so bleibt? Denken wir an die Christen, die der Verfolgung ausgesetzt sind, auch im Gebet?

Ich denke, es ist gut, dass dieses Heft erscheint, und es ist gerade gut in dieser Zeit. Danke an Christ und Jurist, die Evangelische Allianz und ADF International, dass sie dies möglich machen.

Dr. Johannes Friedrich †

ehem. Landesbischof

Viele Christen sind verunsichert, im Alltag (in der Öffentlichkeit, auf der Straße, an Schule und Universität, am Arbeitsplatz, auf Webseiten und Blogs) über ihren Glauben zu reden.

Sie fragen sich: Darf ich das? Was kann ich sagen? Was muss ich beachten, wenn ich zu aktuellen Themen aus christlicher Sicht Stellung nehme?

Diese Broschüre verfolgt zwei Ziele: Sie ist ein wertvoller Ratgeber, der in einer für juristische Laien verständlichen Art und Weise die Rechtslage darstellt. Darüber hinaus gibt sie praktische Hilfen, wie ein Glaubensgespräch im Alltag auf eine positive Weise geführt werden kann. Sie will dazu ermutigen, den Glauben nicht Privatsache sein zu lassen, sondern sich in der Öffentlichkeit dazu zu bekennen.

Diese Zielsetzung ist den Verfassern der Broschüre meines Erachtens ganz hervorragend gelungen.

Dr. Peter Gegenwart

Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht

Nicht selten fühlen sich gläubige Christinnen und Christen heute in öffentlichen oder beruflichen Kontexten verunsichert oder eingeschüchtert in Fragen wie: Was darf ich über meinen Glauben sagen? Wie kann ich ihn bekennen? Was passt, was wäre zu viel? Ich freue mich daher über diese Handreichung von Juristen, die kompetent und lesbar Auskunft gibt auf solche Fragen – und die damit einen wichtigen Beitrag zur Verkündigung des Evangeliums leistet.

Dr. Stefan Oster SDB

Bischof, Passau

In einer säkularer werdenden Gesellschaft fehlt vielen Menschen der Mut, über ihren Glauben und ihre Werte zu sprechen. Dabei sind die Grundrechte der Glaubens- und der Meinungsfreiheit doch so eng miteinander verbunden. Die Freiheit sich zu einem Glauben zu bekennen, würde ins Leere laufen, wenn man es nicht öffentlich tun könnte. Sprechen wir also öffentlich über unseren Glauben und unsere Werte, zur Freude vieler und zur Bereicherung und Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Es ist gut, wenn Broschüren wie diese dazu Mut machen.

Prof. Dr. Dr. Ulrich Hemel

Vorsitzender Bund Katholischer Unternehmer

Glaubens- und Meinungsfreiheit sind kostbare Güter, gerade auch für Christen, die ihren Glauben in verschiedenen Bereichen leben und ausdrücken möchten. Im vergangenen Jahr hat das Netzwerk „Christ und Jurist“ sich mit diesem Thema näher beschäftigt und in Zusammenarbeit mit der Deutschen Evangelischen Allianz und ADF International die angehängte Broschüre „Rede frei!“ herausgegeben. Mit ihr soll – gerade auch aus juristischer Sicht – Mut zum Bekenntnis des Glaubens gemacht werden.

Rechtsanwalt Roger Zörb

Vorsitzender Bund Katholischer Rechtsanwälte

Das Bekenntnis als Christ in der Arbeits- und Geschäftswelt erfordert viel Sensibilität. Das Heft ist mit seiner ausgewogenen Darstellung der Bekenntnisfreiheit eine starke Ermutigung, seinen Glauben zu leben, und kommt zur rechten Zeit.

Markus Eric Allner

Rechtsanwalt und Fachanwalt für Arbeitsrecht in München

Das Lesen dieser Broschüre hat mich begeistert: Als Juristin bin ich wieder einmal beeindruckt von der Souveränität, mit der das Grundgesetz in Deutschland alle Menschen mit den Grundrechten der Glaubens- und Meinungsfreiheit ausstattet. Als Christin bin ich sehr dankbar für die Möglichkeiten, die wir haben, um mit anderen über unseren Glauben ins Gespräch zu kommen. Denn ich weiß, dass diese Menschenrechte in vielen Ländern dieser Erde nicht geachtet und bewahrt werden. Mich ermutigt dieser Text, offen und mit liebevollem Blick für den christlichen Glauben zu werben und diese Werte auch in Gesprächen zu vertreten, in denen sie in Frage gestellt werden. Danke für die gut verständliche, abgewogene und hilfreiche Analyse.

Susanne Terborg

SMD-Vorsitzende

Wir leben in einem Rechtsstaat. Das ist keine Selbstverständlichkeit. Der beste Weg, geltende Freiheitsrechte zu bewahren ist, sie gerade auch als Christ in Anspruch zu nehmen. Das vorliegende Heft steckt den Rahmen unserer Rechtsordnung im Blick auf die Meinungsfreiheit ab und orientiert verlässlich darüber, was es heißt, frei reden zu können. Eine große Hilfe ist dabei die bereichsspezifische Betrachtung, die es erlaubt, über Recht und Grenzen der Meinungsfreiheit im privaten und öffentlichen Raum, in Schule, Universität und Unternehmen differenziert Orientierung zu geben.

Prof. Dr. Christoph Raedel

Direktor des Instituts für Ethik & Werte in Gießen

REDE FREI!

***Mit Recht über das
Evangelium sprechen.***



Diese Broschüre ist in Zusammenarbeit der Evangelischen Allianz in Deutschland mit Christ und Jurist und ADF International entstanden.

Das 1846 gegründete internationale Netzwerk ist die älteste interkonfessionelle Bewegung, die sich für die Einheit der Christen und das Gebet einsetzt. Für die **Evangelische Allianz**



Evangelische Allianz
Deutschland

gemeinsam glauben, miteinander handeln.

in Deutschland (EAD) als Evangelisationsbewegung ist die Bibel die Grundlage, die auch ihr gesellschaftliches Engagement prägt. Darum gibt die EAD neben vielen anderen Stellungnahmen zu gesellschaftlich relevanten Themen auch diese Broschüre heraus. Sie ist eine Hilfestellung für Christen, ihren persönlichen Glauben an Jesus Christus ebenso wie ihre durch die Bibel geprägte Meinung zu gesellschaftspolitischen Fragen unerschrocken öffentlich zu äußern.

Die EAD gehört zur Weltweiten Evangelischen Allianz, zu der sich etwa 600 Mio. Menschen in über 140 Ländern zählen.

Weitere Informationen unter www.ead.de

„**Christ und Jurist**“ ist eine Initiative von Christen verschiedener Konfessionen, die ihren Glauben und ihren juristischen Beruf bewusst miteinander verbinden möchten. Das Netzwerk besteht aus über 1.500 Berufsträgern aus Justiz, Anwaltschaft, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und nahestehenden Berufen, dazu Juristen in Ausbildung und im Ruhestand. Träger des Netzwerks ist ein gemeinnütziger Verein, der von einem ehrenamtlichen Vorstand geleitet wird. Gemeinsames Anliegen ist es, die juristische Arbeit auf Basis des christlichen Glaubens so auszuüben, dass der Einsatz für das Recht zum Dienst am Menschen wird. Bundesweite Tagungen und Regionaltreffen der Initiative bieten ein Forum, um aktuelle Fragen und grundlegende Themen zu reflektieren, Erfahrungen auszutauschen, gemeinsam nach Problemlösungen zu suchen und geistliche Gemeinschaft unter Berufskollegen zu haben. Zudem engagiert sich „Christ und Jurist“ in Europa sowie in einem weltweiten Verbund gezielt für Versöhnung, Frieden und Einheit. Speziell auf

Christ
Jurist

Jurastudenten und angehende Juristinnen und Juristen zugeschnitten ist das jährliche Sommerkolleg: Eine Woche gemeinsamen Lebens und Lernens von Teilnehmern und Dozenten garantiert praktische Anregungen ebenso wie intensiven Austausch über elementare Glaubens- und Berufsthemen. Experten aus den Reihen von „Christ und Jurist“ haben den Text dieser Broschüre erarbeitet und tragen die inhaltliche Verantwortung.

Weitere Informationen unter www.christ-jurist.de

ADF International ist eine überkonfessionelle, weltweit tätige Menschenrechtsorganisation, die sich für die Freiheit und unveräußerliche Würde aller Menschen einsetzt. ADF steht für Alliance Defending Freedom (Allianz zur Verteidigung der Freiheit). Hauptaufgabe der rein spendenfinanzierten Organisation ist die juristische Unterstützung von Menschen vor Gericht, deren Grundrechte auf Meinungs-, Gewissens- oder Religionsfreiheit verletzt wurden. Der Hauptsitz von ADF International ist Wien. Weitere Büros finden sich unter anderem in Genf, Brüssel und New York, um bei der UNO und verschiedenen EU-Institutionen für Freiheitsrechte und Menschenwürde einzutreten. Dort, sowie vor nationalen und internationalen Gerichten, setzt sich ADF International dafür ein, dass Religions- und Meinungsfreiheit für alle gelten, Ehe und Familie geschützt sind, jeder ein Recht auf Leben hat und Elternrechte garantiert sind. Zudem bietet ADF International auch Ausbildungsprogramme für die nächste Generation christlicher Führungskräfte. Das intensive Fortbildungs- und Vernetzungsprogramm der *Areté Academy* beispielsweise richtet sich an herausragende Studenten und „young professionals“ aus Recht, Politik, Medien und Gesellschaft.



ADF International hat die Entstehung und Produktion dieser Broschüre koordiniert.

Weitere Informationen unter www.ADFinternational.de

INHALT

Zum Geleit	6
Wozu dieses Heft und warum jetzt?	8
Ein Leitfaden – keine Rechtsberatung	11
Wie ist die Gesetzeslage?	13
Welche Regelung hat Vorrang?	17
<i>Beschränkungen der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit und der Religionsausübung des Artikel 4 Absatz 1 und 2 GG</i>	18
<i>Beschränkungen der Meinungsfreiheit des Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 GG</i>	18
<i>Wie wirkt sich der verfassungsrechtliche Schutz nun konkret aus?</i>	19
Meinungsfreiheit oder Bekenntnisfreiheit?	22
<i>Was ist Meinungsfreiheit?</i>	23
<i>Was ist Glaubensfreiheit?</i>	24
<i>Was ist Bekenntnisfreiheit?</i>	24
<i>Was ist Religionsausübung?</i>	25
<i>Bekenntnis oder Meinungsäußerung durch Tragen eines Kreuzes?</i>	26
<i>Glockengeläut</i>	27
Glaubensgespräche & Verkündigung des Evangeliums im privaten Umfeld	28
<i>Was kann ich in der Kirche sagen?</i>	29
<i>Was ist im eigenen Zuhause erlaubt?</i>	30
<i>Was darf ich bei anderen zu Hause?</i>	31
<i>Wie verhalte ich mich auf Privatgelände?</i>	31
Glaubensgespräche & Verkündigung des Evangeliums im Arbeitsumfeld	33
<i>Der Arbeitsplatz als Ort für Glaubensgespräche und Verkündigung des Evangeliums</i>	34
<i>Was kann ich am Arbeitsplatz sagen und wie sollte ich es tun?</i>	37
<i>Wie ist es mit Schikane, Diskriminierung und Mobbing?</i>	41
<i>Sollte ich kontroverse Themen meiden?</i>	42
<i>Darf ich meinen Glauben mit Kunden und Geschäftspartnern teilen?</i>	44
<i>Wenn mein Arbeitgeber die Meinungs- und Bekenntnisfreiheit einschränkt</i>	44
<i>Wenn ich durch arbeitsvertragliche oder berufliche Richtlinien gebunden bin</i>	46
<i>Was kann ich tun, wenn es Streitpunkte zwischen meinem Arbeitgeber und mir gibt?</i>	47

Darf mein Arbeitgeber von mir fordern, etwas zu sagen oder zu tun, das meinem Glauben widerspricht?	48
Arbeit an Sonn- und Feiertagen	50
Gebet	52
Besonderheiten bei öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern	53
Glaubensgespräche & Verkündigung des Evangeliums in der Öffentlichkeit	54
Auf der Straße	55
Missionsveranstaltungen, Evangelisationen	56
An der Universität	56
In der Schule	58
Darf ich auch dann über den Glauben sprechen, wenn sich jemand dadurch angegriffen fühlt?	60
Wie sollte ich in der Öffentlichkeit sprechen?	62
Gebrauch von Schriften, Plakaten, Schildern und Ähnlichem	63
Meinungskundgaben vor Abtreibungskliniken	64
Wenn falsch über mich berichtet wird	68
Wenn ich wegen meines Bekenntnisses polizeilich belangt werde	69
Was ist bei Anfeindungen, Einschüchterung und drohender Verhaftung zu tun?	70
Wie sollte ich mich verhalten, wenn ich merke, dass die Polizei gegen mich tätig wird?	70
Darf ich bei anderen klingeln oder sie ungebeten anrufen?	72
Glaubensgespräche & Verkündigung des Evangeliums online und in sozialen Medien	73
Auf Webseiten und in Blogs	74
Was darf ich in sozialen Medien verbreiten?	77
Glaubensgespräche & Verkündigung des Evangeliums über Werbung und Anzeigen	79
Dürfen Christen werben?	80
Werbung in TV und Radio	81
Was ist mit Heilungsgebeten und heilungsbezogener Werbung?	82
Verbot sog. „Konversionsbehandlungen“	84
Einschränkungen durch das Selbstbestimmungsgesetz von 2024	87
Danke	90
Glossar	91
Literaturverzeichnis	95

Zum Geleit

Eine Demokratie ist ohne aufrichtiges Ringen um Werte und den richtigen Weg nicht vorstellbar. Unterschiedliche Meinungen, Ansichten und Weltanschauungen, die auch im Widerstreit zueinanderstehen dürfen, sind ihre nicht verhandelbare Grundvoraussetzung. Daher ist es folgerichtig, dass der Glaubens- und Meinungsfreiheit ein großer Stellenwert eingeräumt wird und beides in unserem Rechtssystem unter einem besonderen Schutz steht.

Seit mehr als 170 Jahren setzt sich die Evangelische Allianz in Deutschland dafür ein, dass Menschen ihren Glauben aktiv leben und bekennen können, sich mit ihren Werten auch im öffentlichen Raum frei bewegen und konkrete Vorstellungen zum gesellschaftlichen Miteinander äußern können. Dazu gehören sowohl ein Rechtsrahmen, der dies ermöglicht, als auch die Ermutigung des Einzelnen, die bestehenden Freiräume im Alltag zu nutzen. Aktiv gelebte Glaubens- und Meinungsfreiheit ist der beste Schutz dieser Werte.

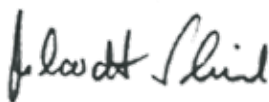
Die vorliegende Broschüre zeigt den rechtlichen Rahmen der Glaubens- und Meinungsfreiheit leicht verständlich auf. Für viele wird es eine erstaunliche Erkenntnis sein, dass der Freiheitsrahmen größer, sicherer und klarer ist, als sie es für möglich gehalten hätten.

Die Broschüre erschien zum ersten Mal im Jahr 2019. Wir waren überrascht, wie häufig sie nachgefragt wurde und wie viele dankbare Rückmeldungen wir erhielten. Offensichtlich bestand bei diesem Thema eine große Verunsicherung. Diese wurde nicht kleiner.

Der Ton unserer gesellschaftlichen Diskussionen ist seit damals rauer und die Empörung über andere Ansichten lauter geworden. Viele empfinden Cancel Culture und Wokeness als unsichtbare Maulkörbe. Mehr denn je braucht es Mut und Ermutigung sowie überzeugende Argumente und die Kenntnis des Rechtsrahmens, um sich am gesellschaftlichen Diskurs zu beteiligen, insbesondere wenn man eine Meinung vertritt, die den Zeitgeist hinterfragt.

Wir wollen mit der Broschüre ermutigen und zeigen: Persönliche Glaubensüberzeugungen können und dürfen in der Öffentlichkeit – sei es in der Schule, an der Hochschule oder am Arbeitsplatz – gelebt werden. Glaube muss sich nicht im Raum des Privaten verstecken. Ein bekennender Lebensstil ist geistlich gefordert und in unserem Land dankenswerter Weise rechtlich abgesichert. Argumente, die dies mit Verweis auf vorgebliche Rechtsvorschriften oder Neutralitätsgebote verhindern wollen, sind häufig nicht stichhaltig oder schlicht falsch. Neutralität ist ein Wert an sich und kann nicht – ohne sich selbst zu widersprechen – mit der Forderung nach Wertfreiheit begründet werden.

Ein respektvolles Vertreten universaler Wahrheiten stärkt den Zusammenhalt in der Gesellschaft, denn der Respekt vor Menschen, die eine andere Auffassung vertreten, ist konstitutiver Bestandteil der Glaubens- und Meinungsfreiheit. Zu einer offenen Gesellschaft gehört auch der offene Wettbewerb von Ideen und Meinungen. Wir wünschen uns, dass diese Broschüre dazu beiträgt, diesen zu erhalten und im Alltag mit Leben zu füllen.



Dr. Reinhardt Schink,
Vorstand Evangelische
Allianz in Deutschland



Dr. Patrick Menges,
Vorsitzender Christ &
Jurist e.V.



Dr. Felix Böllmann,
Leiter der europäischen
Rechtsabteilung bei
ADF International

Wozu dieses Heft und warum jetzt?

VORWORT von Prof. Dr. theol. Dr. phil. Thomas Schirmmayer,
ehem. Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz

Zur 1. Auflage 2019

Christen haben im Laufe der Geschichte immer wieder Unterdrückung und Verfolgung erlebt. Gleichwohl hat die Gute Nachricht von Jesus Christus weltweit Verbreitung gefunden. Während Unterdrückung und Verfolgung in vielen Teilen der Welt traurige Realität bleiben, ist die Situation für überzeugte Christen in Deutschland geradezu komfortabel.

Doch auch hierzulande lassen sich Entwicklungen beobachten, die Christen als Gegenwind empfinden und die es ihnen erschweren, für ihren Glauben einzutreten. Mitunter wird versucht, das freie Sprechen über den christlichen Glauben und dessen Ausübung in die Privatecke zu drängen. Meinungsäußerungen, die auf einem eindeutigen christlichen Bekenntnis basieren, werden in der Öffentlichkeit bisweilen als problematisch empfunden. Beispielhaft seien hier christliche Hochschulgruppen genannt, die anderen Gruppen an Universitäten gegenüber immer häufiger benachteiligt werden. Es stellt sich die Frage, ob Christen solche Einschränkungen hinnehmen müssen oder ob sie dagegen vorgehen sollen.

Angesichts dessen herrscht zuweilen Unsicherheit. Was darf man in der Öffentlichkeit als Christ sagen? Wie steht es mit Glaubensüberzeugungen angesichts beruflicher Vorgaben? Wie steht es mit der Toleranz angesichts verschiedener Bekenntnisse? Diesen und weiteren Fragen möchte diese Handreichung nachgehen.

Die vorliegende Broschüre erläutert, wie die deutschen und europäischen Gesetze zum Schutz des Gewissens, der Meinung und der Freiheit von Religion und Weltanschauung anzuwenden sind und welche Konsequenzen sie haben. Diese Handreichung soll dem, der die christliche Botschaft verbreiten möchte, eine fundierte Auskunft darüber geben, wie er inmitten einer säkularen und multireligiösen Gesellschaft selbstbewusst agieren und seinen Glauben öffentlich vertreten kann, aber auch, wo er die Menschenrechte anderer zu respektieren hat. Und auch denjenigen, die dem christlichen Glauben skeptisch gegenüberstehen, kann dieses Heft wertvolle Erkenntnisse liefern.

Die gesetzlich festgeschriebenen Freiheiten reichen erheblich weiter, als viele denken. Die Verfassung und die Europäische Menschenrechtskonvention sind auch dazu gemacht worden, gerade in Hinblick auf den Glauben Rechte und Freiheiten zu gewähren. Sie schützen alle Menschen, Christen wie Nichtchristen, vor unzulässiger Diskriminierung, geben aber gleichzeitig jedem das Recht, auf friedliche Weise öffentlich für seine Glaubensüberzeugungen zu werben.

Ich möchte allerdings auf eine wichtige Unterscheidung hinweisen. Dies ist ein Ratgeber in rechtlichen Fragen. Er kann nichts dazu sagen, ob das, was rechtlich möglich ist, auch immer weise und vernünftig ist. Es ist auch kein seelsorgerlicher Ratgeber. Deswegen ist das Heft von Juristen verfasst, nicht von Theologen oder Seelsorgern.

Ja, das Heft kann auch nicht im Detail behandeln, dass nicht alles, was bei uns zulässig ist, deswegen mit der christlichen Ethik vereinbar ist. Denn in vielen Fragen ist die christliche Ethik enger als das

geltende Recht. Das Recht gestattet uns durchaus robuste Aussagen gegenüber anderen, solange diese nicht ehrverletzend sind. Niemand hat grundsätzlich einen Anspruch darauf, etwa von unangenehmen oder gar schockierenden Meinungsäußerungen verschont zu bleiben. Wir Christen müssen hier aber nicht nur in dem sehr zurückhaltend sein, wie wir über andere sprechen, sondern können es auch nur dann sagen, wenn es der Wahrheit entspricht.

Ich denke, dass es dabei wichtig ist, sich vor Augen zu führen, dass dies eine Konsequenz einer Trennung von ‚Kirche‘ (und damit der Werte, die uns persönlich aus dem Glauben heraus binden) und ‚Staat‘ (und damit der herrschenden Rechtsordnung) ist.

Das Heft behandelt die Frage, was in unserem Staat rechtens ist, wenn wir die Werte der ‚Kirche‘, das heißt unsere persönlichen Glaubensüberzeugungen weitergeben wollen. Es behandelt nicht, welches diese Glaubensüberzeugungen sind und inwieweit diese selbst beschränken, was uns eigentlich erlaubt ist.

Und wenn wir schon einmal dabei sind: als Christen halten wir uns an die geltende Rechtsordnung, erst recht in einem Rechtsstaat wie unserem. Das heißt aber nicht, dass wir alles wunderbar finden müssen und nicht dafür plädieren dürften, gewisse Gesetze usw. zu ändern. Gerade in einer Demokratie kann ich mich an Gesetze halten und gleichzeitig für ihre Verbesserung werben.

Nun hoffe ich, dass dies Heft dazu beiträgt, manche Unsicherheit aufzulösen, Rat für schwierige Situationen zu geben, vor allem aber fröhlich und unkompliziert von unserem Glauben an Jesus Christus als Heil der Welt Zeugnis abzulegen.

Ein Leitfaden – keine Rechtsberatung

DIESE BROSCHÜRE ist ein Leitfaden und kann Rechtliches nur beispielhaft darstellen. Sie ersetzt weder konkrete Rechtsberatung noch einen auf individuelle Bedürfnisse eingehenden seelsorglichen Rat.

Jede Möglichkeit, den Glauben zu bekennen, steht in ihrem ganz speziellen eigenen Kontext. Es kommt oft auf die Nuancen an. Ein Leitfaden kann nicht jede der vielfältigen Situationen vorhersehen, in denen Menschen ihren Glauben bekennen und ihn teilen. Deshalb erhebt die Broschüre keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Eine Haftung der Autoren oder Mitwirkenden ist ausgeschlossen.

Diese Broschüre ist auf dem Rechtsstand vom Juni 2025. Weil sich das Rechtssystem laufend verändert, empfehlen wir, die Entwicklungen aufmerksam zu verfolgen. Sollten Sie hinsichtlich der möglichen rechtlichen Konsequenzen eines speziellen Verhaltens unsicher sein, empfehlen wir Ihnen, weitergehende rechtliche, eventuell auch seelsorgliche Begleitung zu suchen. Für kompetenten Rechtsrat stehen Ihnen Rechtsanwälte zur Verfügung. Für geistlichen und seelsorglichen Rat finden Sie in Kirchen und Gemeinden Ansprechpartner.

Die Bedeutung und der Schutz der Meinungs- und Glaubensfreiheit, konkret einer freien Meinungsäußerung, gerät zunehmend in den Fokus politischer und gesellschaftlicher, teilweise emotional stark aufgeladener Auseinandersetzungen, auch über den europäischen Kontinent hinaus. Dabei ist in jüngster Zeit eine zunehmend polarisierende und auf Konfrontation gerichtete Debatte wahrnehmbar, die

nicht immer fair und faktenbasiert geführt wird. Auch dieser Entwicklung, die im Ergebnis Unsicherheiten verstärkt und gesellschaftliche Gräben vertieft, soll hier mit dem Handwerkszeug der Juristen entgegengewirkt werden: Mit einem möglichst objektiven Blick auf völker-, europa- und verfassungsrechtliche sowie gesetzliche Grundlagen und deren Auslegung durch die einschlägige Rechtsprechung und Fachliteratur; aber auch im Hinblick auf jüngste Entwicklungen in der Rechtsetzung und auf neu auftretende Fragen soll eine solide Faktenbasis zur Verfügung gestellt werden. Uns als Herausgebern und juristischen Experten ist diese Broschüre deshalb wichtig als Beitrag für eine faire Streitkultur.



**Wie ist die
Gesetzeslage?**

Die weitestgehenden Rechte gewährt die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) des Europarats – eines Zusammenschlusses von 47 europäischen Staaten. Im internationalen Rechtsgefüge bildet die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) die Basis dafür, dass nach Erschöpfung des nationalen Rechtswegs der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg angerufen werden kann. In der EMRK finden sich die folgenden Regelungen:

Artikel 9 EMRK – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

„(1) Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht oder Praktizieren von Bräuchen und Riten zu bekennen.

(2) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekennen, darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die öffentliche Sicherheit, zum Schutz der öffentlichen Ordnung, Gesundheit oder Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.“

Artikel 10 EMRK – Freiheit der Meinungsäußerung

„(1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben. Dieser Artikel hindert die Staaten nicht, für Hörfunk-, Fernseh- oder Kinounternehmen eine Genehmigung vorzuschreiben.

(2) Die Ausübung dieser Freiheiten ist mit Pflichten und Verantwortung verbunden; sie kann daher Formvorschriften, Bedingungen, Einschränkungen oder Strafdrohungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale Sicherheit, die territoriale Unversehrtheit oder die öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral, zum Schutz des guten Rufes oder der Rechte anderer, zur Verhinderung der Verbreitung vertraulicher Informationen oder zur Wahrung der Autorität und der Unparteilichkeit der Rechtsprechung.“

Für den Bereich der Europäischen Union (EU) trifft darüber hinaus die Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) weitere Regelungen.

Artikel 10 GRCh – Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

„(1) Jede Person hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Dieses Recht umfasst die Freiheit, die Religion oder Weltanschauung zu wechseln, und die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder gemeinsam mit anderen öffentlich oder privat durch Gottesdienst, Unterricht, Bräuche und Riten zu bekennen.

(2) Das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen wird nach den einzelstaatlichen Gesetzen anerkannt, welche die Ausübung dieses Rechts regeln.“

Artikel 11 GRCh – Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit

„(1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.

(2) Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.“

Artikel 51 GRCh

Dieser Artikel macht deutlich, dass die Charta sämtliche Organe, Einrichtungen und sonstige Stellen der EU bindet. Darüber hinaus gilt sie auch für die Mitgliedsstaaten (mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs und Polens), soweit diese Unionsrecht durchführen.

Auch das Grundgesetz (GG) garantiert für die Bundesrepublik Deutschland diese Freiheiten den deutschen und auch allen ausländischen Staatsangehörigen.

Artikel 4 GG – Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, Religionsausübung

„(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“

Artikel 5 GG – Meinungsfreiheit u. a.

„(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.“

WELCHE REGELUNG HAT VORRANG?

Die EMRK ist nach Artikel 59 Absatz 2 GG nicht gleichrangig mit der bundesdeutschen Verfassung. Sie ist gleichrangig mit den Bundesgesetzen, steht also unterhalb des Grundgesetzes. Allerdings betont das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), dass die EMRK und ihre Auslegung durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte bei der Auslegung und Anwendung von nationalem Recht und bei der Auslegung des Grundgesetzes berücksichtigt werden muss.¹

Die Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist nur dann anwendbar, wenn die Durchführung von Unionsrecht betroffen ist.² Dies ist in vielen Konstellationen der Fall, weil viele deutsche Gesetze der Umsetzung europäischer Richtlinien dienen oder die Aus-

1. BVerfGE 158,1,36; 152,152, 176; 111, 307, 317; Grabenwarter, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 5 Abs. 1 Rn. 13 f.

2. BVerfGE 156,11 35 f.; 133, 277, 313.

übung europäischer Grundfreiheiten (z.B. Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Arbeitnehmerfreizügigkeit) berühren. Für die Bekenntnis- und Meinungsfreiheit, sind in Deutschland allerdings vor allem die Grundrechte der bundesdeutschen Verfassung maßgeblich.

Die Freiheiten der Artikel 4 und 5 Grundgesetz unterliegen unterschiedlichen Beschränkungen.

BESCHRÄNKUNGEN DER GLAUBENS- UND BEKENNTNISFREIHEIT UND DER RELIGIONSAUSÜBUNG DES ARTIKEL 4 ABSATZ 1 UND 2 GG

Die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit sowie die Religionsausübung werden jedermann garantiert, solange sie nicht mit gleichrangigen Grundrechten des Grundgesetzes kollidieren. So können z. B. Regelungen in Bezug auf den Arbeitsplatz diese Freiheiten einschränken. Ebenso kommen Regelungen zum Schulwesen als Beschränkung in Betracht, die der Gesetzgeber aufgrund des Artikels 7 Absatz 1 GG treffen kann und mit denen er auch das Recht auf elterliche Sorge aus Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 GG beschränken kann.

BESCHRÄNKUNGEN DER MEINUNGSFREIHEIT DES ARTIKEL 5 ABSATZ 1 SATZ 1 GG

Auch die Meinungsfreiheit wird jedermann garantiert. Sie ist jedoch leichter einzuschränken, als die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit. Das regelt Absatz 2 des Artikels 5 GG. Danach kann die Meinungsfreiheit durch allgemeine Gesetze eingeschränkt werden. Allgemeine Gesetze sind alle bundesdeutschen Gesetze und Verordnungen, die

unterhalb des Verfassungsrechts stehen, also zum Beispiel das Bürgerliche Gesetzbuch oder das Strafgesetzbuch. Dazu gehören auch die Gesetze zum Jugendschutz und das Recht der persönlichen Ehre. Durch Ausgestaltung der Jugendschutzgesetze kann der Gesetzgeber darüber hinaus auch das Recht auf elterliche Sorge aus Artikel 6 Absatz 2 Satz 1 GG einschränken.

Auch die EU hat in jüngerer Zeit Regelungen insbesondere zur digitalen Kommunikation erlassen. Das auch in Deutschland unmittelbar anwendbare Gesetz über Digitale Dienste (Digital Services Act, DSA) ist grundsätzlich ein „allgemeines Gesetz“ i.S.d. Art. 5 Abs. 2 GG, weil es meinungsneutral formuliert ist und andere Rechtsgüter schützen will.

Problematisch könnte aber seine praktische Anwendung werden (z.B. Overblocking, unklare Definition „illegaler Inhalte“). Eine unverhältnismäßige Einschränkung der Grundrechtsausübung durch dieses Gesetz erscheint möglich. Noch ist keine Tendenz in der Rechtsprechung absehbar. Eine Evaluierung des Gesetzes ist für November 2025 geplant.

WIE WIRKT SICH DER VERFASSUNGSRECHTLICHE SCHUTZ NUN KONKRET AUS?

Die Grundrechte binden nach Artikel 1 Absatz 3 Grundgesetz die Gesetzgebung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht. Das bedeutet, dass alle staatlichen Einrichtungen, wie z. B. der Deutsche Bundestag und die Landesparlamente, die Regierungen in Bund und Ländern, Behörden sowie die Gerichte die Grundrechte in der Beziehung zum Bürger beachten müssen. Für die Bürger untereinander oder in Beziehung zu privaten Einrichtungen und Unternehmen gelten die Grundrechte nicht unmittelbar, sondern nur über die Gesetzesauslegung. Deshalb hat der

Gesetzgeber im Jahr 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) eingeführt.

§ 1 AGG – Ziel des Gesetzes

„Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“

§ 2 AGG – Anwendungsbereich

„(1) Benachteiligungen aus einem in § 1 genannten Grund sind nach Maßgabe dieses Gesetzes unzulässig in Bezug auf:

- 1. die Bedingungen, einschließlich Auswahlkriterien und Einstellungsbedingungen, für den Zugang zu unselbstständiger und selbstständiger Erwerbstätigkeit, unabhängig von Tätigkeitsfeld und beruflicher Position, sowie für den beruflichen Aufstieg,*
- 2. die Beschäftigungs- und Arbeitsbedingungen einschließlich Arbeitsentgelt und Entlassungsbedingungen, insbesondere in individual- und kollektivrechtlichen Vereinbarungen und Maßnahmen bei der Durchführung und Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses sowie beim beruflichen Aufstieg,*
- 3. den Zugang zu allen Formen und allen Ebenen der Berufsberatung, der Berufsbildung einschließlich der Berufsausbildung, der beruflichen Weiterbildung und der Umschulung sowie der praktischen Berufserfahrung,*
- 4. die Mitgliedschaft und Mitwirkung in einer Beschäftigten- oder Arbeitgebervereinigung oder einer Vereinigung, deren Mitglieder einer bestimmten Berufsgruppe angehören, einschließlich der Inanspruchnahme der Leistungen solcher Vereinigungen,*

5. *den Sozialschutz, einschließlich der sozialen Sicherheit und der Gesundheitsdienste,*
6. *die sozialen Vergünstigungen,*
7. *die Bildung,*
8. *den Zugang zu und die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen, einschließlich von Wohnraum.*

(2) Für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch gelten § 33c des Ersten Buches Sozialgesetzbuch und § 19a des Vierten Buches Sozialgesetzbuch. Für die betriebliche Altersvorsorge gilt das Betriebsrentengesetz.

(3) Die Geltung sonstiger Benachteiligungsverbote oder Gebote der Gleichbehandlung wird durch dieses Gesetz nicht berührt. Dies gilt auch für öffentlich-rechtliche Vorschriften, die dem Schutz bestimmter Personengruppen dienen.

(4) Für Kündigungen gelten ausschließlich die Bestimmungen zum allgemeinen und besonderen Kündigungsschutz.“

Den Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Rechtsbeziehungen widmet das AGG mit den §§ 6–10 einen eigenen Abschnitt, der Benachteiligungsverbote und Ausnahmen ausführlich regelt.

Die Glaubensfreiheit und insbesondere auch das freie Sprechen über Jesus Christus und alle Themen mit Glaubensbezug werden durch deutsches und europäisches Recht stark und umfassend geschützt.

Meinungsfreiheit oder Bekenntnis- freiheit?



Die Meinungsfreiheit des Artikel 5 Absatz 1 Satz 1 Grundgesetz kann leichter und stärker eingeschränkt werden, als die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit des Artikel 4 Absatz 1 und 2 Grundgesetz und die damit verbundene Glaubenspraxis und Religionsausübung. Es ist also von Belang, ob es sich bei der Äußerung um eine Meinungskundgabe handelt oder ob sie in den Regelungsbereich der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit beziehungsweise der Religionsausübung fällt.

WAS IST MEINUNGSFREIHEIT?

Die Meinungsfreiheit definiert das Bundesverfassungsgericht als das Recht jedermanns, seine Meinung frei zu äußern und zu verbreiten. Dabei sind Meinungen durch die subjektive Beziehung des Einzelnen zum Inhalt seiner Aussage geprägt. Das Grundrecht schützt die Meinung und ihre Äußerung, ohne dass es relevant ist, ob die Äußerung begründet oder grundlos, emotional oder rational ist oder sie als wertvoll oder wertlos, gefährlich oder harmlos eingeschätzt wird.³

Das Bilden, Haben, Äußern und Verbreiten einer Meinung sind als Einzelaspekte der Meinungsfreiheit geschützt. Ebenso ist die negative Meinungsfreiheit geschützt. Niemand kann also dazu gezwungen werden, sich eine Meinung zu bilden, eine Meinung zu haben, zu äußern oder zu verbreiten.⁴

Die Grundrechte der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit sowie der Freiheit der Religionsausübung – und damit auch das Äußern des Glaubens – sind in Artikel 4 Absatz 1 und 2 des Grundgesetzes umfassend geschützt. Weil diese Rechte keinen Gesetzesvorbehalt enthalten, genießen religiöse Überzeugungen und ihr Bekenntnis einen

3. BVerfGE 149, 160, 198; 124, 300, 320.

4. Grabenwarter, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 5 Abs. 1 Rn. 75 ff.

weitergehenden verfassungsrechtlichen Schutz als weltanschauliche oder politische Meinungsäußerungen, die unter Artikel 5 Absatz 1 GG fallen.⁵ Das bedeutet jedoch nicht, dass die Religionsfreiheit generell über der Meinungsfreiheit steht. Vielmehr betont das BVerfG, dass es keine abstrakte Rangordnung zwischen Grundrechten gibt. Bei Kollisionen sind die betroffenen Rechte im Einzelfall in sog. „praktischer Konkordanz“ zueinander in Ausgleich zu bringen⁶, d.h. es ist ein praktischer Ausgleich zwischen diesen beiden Grundrechten zu suchen, bei dem sie möglichst gut nebeneinander bestehen können.

WAS IST GLAUBENSFREIHEIT?

Glaubensfreiheit ist die Freiheit eines Jeden, im Bereich „Glauben“ das zu denken, was ihm beliebt. Dabei geht es nicht darum, eine Meinung beliebigen Inhalts als wahr zu erachten, sondern um das Annehmen der Grundsätze einer Religion.⁷

WAS IST BEKENNTNISFREIHEIT?

Die Bekenntnisfreiheit garantiert die Freiheit des Redens über den Glauben und die Freiheit der Verkündigung religiöser Bekenntnisse, also auch des Evangeliums. „Die eigentliche Bedeutung der Gewährleistung der Bekenntnisfreiheit richtet sich auf die Freiheit nach außen in die Welt hinein zu wirken. Es geht um den Versuch, die Glaubensüberzeugungen dort gerade unter Andersdenkenden wirksam und sichtbar zu machen. Das kann in weltlichen Werken der Nächstenliebe ebenso erfolgen wie durch Missionierungsversuche, solange diese nicht die immanenten Grundrechtsschranken

5. BVerfGE 32, 98, 107 f.; zustimmend: Di Fabio in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 4 Rn. 83.

6. BVerfGE 32, 98, 107 f.; zustimmend: Di Fabio in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 4 Rn. 83.

7. Di Fabio in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 4 Rn. 80.

des Selbstbestimmungsrechts und der körperlichen und seelischen Integrität anderer verletzt.“⁸ Das Grundrecht des freien religiösen Bekenntnisses umfasst die freie Ausübung in Reden und Zeichenhandlungen. Andere Mittel, wie z. B. Gewalt, sind nicht geschützt. Jeder hat also das Recht, für den eigenen Glauben zu werben, auch bei Menschen anderen Glaubens.⁹

WAS IST RELIGIONSAUSÜBUNG?

Die ungestörte Religionsausübung ist die Freiheit des kultischen Handelns, des Werbens und der Mission. Dazu zählen auch die Ausübung und Beachtung religiöser Gebräuche. Geschützt sind also Gottesdienste, Gebete, Austeilen und Empfang der Sakramente, Prozessionen, Sammlung von Kollekten, Zeigen von Kirchenfahnen und Glockengeläute. Außerdem gehören zur ungestörten Religionsausübung auch religiöse Erziehung und andere Äußerungen des religiösen Lebens.¹⁰ Das Bundesverfassungsgericht fasst den Begriff der Religionsausübung sehr weit: über die genannten Beispiele hinaus wird aus Artikel 4 GG ein Recht abgeleitet, dass der einzelne sein gesamtes Verhalten nach den Grundsätzen seiner Religion ausrichten und religiösen Geboten folgen kann (z.B. Speisegebote, Kleiderregeln etc.). Allerdings kann dieses Recht eingeschränkt werden, wenn Grundrechte Dritter oder andere Verfassungsgüter, z.B. der staatliche Bildungsauftrag im Bereich der Schule, dem entgegenstehen.

Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses wird von der Verfassung im Rang über alle anderen Formen der Meinungsäußerung gestellt, die Bekenntnisfreiheit ist daher ganz besonders privilegiert.

8. Di Fabio in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 4 Rn. 69.

9. BVerfGE 153, 1, 32; 12, 1; Di Fabio in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 4 Rn. 69.

10. BVerfGE 153, 1, 32; 24, 236, 245 f.

BEKENNTNIS ODER MEINUNGSÄUSSERUNG DURCH TRAGEN EINES KREUZES?

Das Tragen eines Kreuzes ist – wenn es aufgrund religiöser Überzeugung geschieht – ein Glaubensbekenntnis.¹¹ Es kann aber auch als „Praktizieren von Bräuchen und Riten“¹² und damit als Religionsausübung angesehen werden.¹³ Daher wird das Tragen des Kreuzes genauso wie das Tragen eines Kopftuchs aus religiöser Überzeugung durch Artikel 4 Absatz 1 und 2 Grundgesetz geschützt und kann nur durch entgegenstehende Verfassungsgüter eingeschränkt werden.¹⁴

Das gilt auch für Christen, die in Ausübung einer staatlichen Funktion ein Kreuz tragen. Das Bundesverfassungsgericht hat dazu entschieden, dass die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit auch Lehrkräfte in öffentlichen bekenntnisoffenen Gemeinschaftsschulen schützt, wenn sie aus religiösen Gründen ein Kopftuch tragen und dass dieses Recht nur unter besonderen Umständen eingeschränkt werden kann.¹⁵ Das ist auf das Tragen eines Kreuzes und die Ausübung anderer staatlicher Funktionen übertragbar.

Auch der Artikel 9 EMRK schützt das Tragen eines Kreuzes.

-
11. BVerfG Beschluss vom 27.06.2017 – 2 BvR 1333/17, NJW 2017, 2333, 2334 – Rn. 38; BVerfGE 138, 296, 342; EGMR Urteil vom 15.01.2013 – 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10 (Eweida u. a. / United Kingdom), NJW 2014, 1935, 1939 – Rn. 89; 91; Schubert, in: NJW 2017, 2582.
 12. EGMR Urteil vom 15.01.2013 – 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10 (Eweida u. a. / United Kingdom), NJW 2014, 1935, 1939 – Rn. 89; 91.
 13. BVerfGE 153, 1, 35; BVerfG Beschluss vom 27.06.2017 – 2 BvR 1333/17, NJW 2017, 2333, 2334 – Rn. 39; EGMR Urteil vom 15.01.2013 – 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10 (Eweida u. a. / United Kingdom), NJW 2014, 1935, 1939 – Rn. 89; 91.
 14. Vgl. u.a. BVerfG, Beschluss vom 27.01.2015 – 1 BvR 471/10, BVerfGE, 138, 296 – 376; zu § 2 Berliner Neutralitätsgesetz: BAG, Urteil vom 27.08.2020, 8 AZR 62/19, BAG 172, 99.
 15. BVerfGE 153, 1, 33; 138, 296, 296 f.

GLOCKENGELÄUT

Ähnliches gilt auch für das Läuten von Kirchenglocken. Glocken läuten aus den unterschiedlichsten Gründen – zur Zeitbestimmung ebenso wie als Teil der gottesdienstlichen Liturgie, zur Ankündigung von Feiertagen oder Gebetszeiten. Der religiöse Gehalt ist durch Art. 4 Abs. 2 GG geschützt. Ein Recht darauf, von religiös motivierten Äußerungen „verschont zu bleiben“, gibt es nicht.

Unter Betrachtung der ebenfalls von der Verfassung geschützten menschlichen Gesundheit lässt sich am Maßstab des Bundesimmissionsschutzgesetzes allerdings grundsätzlich prüfen, ob der Klang der Glocken zumutbar ist. Dabei kann nach weltlichem oder religiösem Anlass unterschieden werden. Das Bundesverwaltungsgericht vertritt in ständiger Rechtsprechung die Auffassung, dass in die Beurteilung der Erheblichkeit einer Lärmbeeinträchtigung „auch der Gesichtspunkt einzustellen [ist], dass das liturgische Glockengeläute im herkömmlichen Rahmen regelmäßig keine erhebliche Belästigung, sondern eine zumutbare, sozialadäquate Einwirkung darstellt.“¹⁶

Glaubens- gespräche & Verkündigung des Evangeliums im privaten Umfeld



WAS KANN ICH IN DER KIRCHE SAGEN?

Christen haben das Recht, in der Kirche über ihren Glauben zu sprechen und ihn zu teilen. Sie dürfen klar und deutlich aussprechen, was sie glauben, auch wenn das unbequem oder kontrovers sein mag. Aus juristischer Sicht sind die strafrechtlich gesetzten Grenzen zu wahren. Allerdings werden die Grenzen des guten Geschmacks schneller überschritten als die rechtlichen. Der Schutz des Artikel 4 Grundgesetz reicht sehr weit. Die allermeisten Äußerungen, selbst drastische und provokative, unterfallen dem Schutz der Glaubens- und auch der Meinungsfreiheit.

Es darf nicht zu Gewalt oder Straftaten aufgerufen werden. Ebenso verbieten sich die Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen sowie die Störung von Religionsausübung anderer und Beleidigungen. Es sollte sich von selbst verstehen, dass solche Übertretungen ohnehin in einer Gemeinde, die fest im Evangelium gegründet ist, keinen Platz haben dürfen.

Jeder, der diese Grenzen achtet, kann ohne Angst seine Glaubensüberzeugungen laut aussprechen.

Artikel 4 GG gilt nicht nur für einzelne Gläubige. Auch die Religionsgemeinschaften selbst können sich auf die Religionsfreiheit berufen. Welche Struktur die Organisation wählt, steht ihr frei.¹⁷

Eine Religionsgemeinschaft darf und soll sich auch in organisatorischer Hinsicht als „Gemeinschaft der Gläubigen“ verstehen. Dabei gilt: Je mehr sie dieses Verständnis im Alltag – von der Reinigungskraft bis zum Bischof – auch konsequent lebt, desto geringer ist die Kontrolltiefe der staatlichen Gerichte bezüglich der inneren Struktur

17. Vgl. Art. 137 Abs. 3 WRV i.V.m. Art. 140, 4 GG. Dieses sog. Selbstbestimmungsrecht kommt u.a. auch in § 9 AGG zum Ausdruck.

und Organisation. Das Selbstbestimmungsrecht gestattet in Form einer Ausnahme auch einen individuellen Umgang mit Beschäftigten nach Religion oder Weltanschauung. Religionsgemeinschaften können nach § 9 AGG von ihren Beschäftigten ein loyales und aufrichtiges Verhalten im Sinne ihres jeweiligen Selbstverständnisses verlangen. Eine Ungleichbehandlung ist dabei aber nur gerechtfertigt, wenn „nach der Art der Tätigkeit oder den Umständen ihrer Ausübung eine wesentliche, rechtmäßige und gerechtfertigte berufliche Anforderung angesichts des Ethos der Organisation darstellt.“¹⁸

WAS IST IM EIGENEN ZUHAUSE ERLAUBT?

„My home is my castle“. Dieses englische Sprichwort, das auf den englischen Richter und Politiker Sir Edward Coke (1552–1634) zurückgeht,¹⁹ kennt wohl fast jeder. Zu Deutsch: „Mein Haus ist meine Festung“. Schon damals war das eigene Heim ein Ort der Privatsphäre, in den niemand ohne Weiteres eindringen durfte. Dieser Gedanke liegt auch dem Artikel 13 Absatz 1 Grundgesetz zugrunde, nach dem die Wohnung unverletzlich ist. Das Grundrecht gewährleistet im Verhältnis des Bürgers zum Staat den Schutz der räumlichen Privatsphäre. Staatliche Störungen sollen vom privaten Leben ferngehalten werden.²⁰ Der grundrechtliche Schutz der eigenen Privatsphäre vor dem unerwünschten Eindringen anderer Bürger konkretisiert sich z.B. in § 123 Absatz 1 Strafgesetzbuch. Jeder übt im eigenen Zuhause das Hausrecht aus, das es ihm erlaubt, einem unerwünschten Gast die Tür zu weisen.

18. Das Bundesarbeitsgericht hat dazu nach Vorlage an den Gerichtshof der Europäischen Union entschieden, dass diese Abwägung von den staatlichen Gerichten überprüft werden kann. Vgl. Bundesarbeitsgericht Urteil vom 25.10.2018, 8 AZR 501/14, MDR 2019, 493; vgl. auch Bundesarbeitsgericht Urteil vom 20.2.2019, 2 AZR 746/14, NJW 2019, 3172.

19. Coke, Report on Semayne's Case, in: The Selected Writings and Speeches of Sir Edward Coke, herausgegeben von Steve Sheppard, Bd. 1, 137; siehe <https://oll.libertyfund.org/quotes/502>.

20. BVerfGE 115, 166, 196; 109, 279, 313.

Daher kann jeder in seinem eigenen Zuhause die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, die Religionsausübungsfreiheit sowie die Meinungsfreiheit völlig uneingeschränkt wahrnehmen. Dazu gehören die Veranstaltung von Hauskreisen, Lobpreis-Treffen oder Gebetskreisen ebenso wie seelsorgliche Gespräche oder andere auf den Glauben und das Bekenntnis gerichtete Aktivitäten.

WAS DARF ICH BEI ANDEREN ZU HAUSE?

Für das Zuhause anderer gelten entsprechende Regeln wie im eigenen Zuhause.²¹ Haben Sie z. B. an einer fremden Haustür geklingelt und sind darauf explizit hinein gebeten und dazu aufgefordert worden, über Ihre Kirche oder Ihren Glauben zu erzählen, dann haben Sie das Recht dazu. Andererseits gilt es, die Wünsche derer, die ihr Desinteresse bekunden oder zum Gehen auffordern, zu respektieren. Denn zur Freiheit des anderen gehört es auch, die Frohe Botschaft nicht hören zu wollen, ohne dass die Ablehnung etwa einer Begründung bedürfte oder gar dem Abgelehnten nachvollziehbar sein müsste, zumal der Gastgeber über das Hausrecht verfügt.

WIE VERHALTE ICH MICH AUF PRIVATGELÄNDE?

Privatgelände ist jeder Ort, der einer privaten Person, einem Privatunternehmen, einer privaten Organisation oder Institution gehört. Das können z. B. Einkaufszentren, Veranstaltungsräume, Hotelzimmer oder Gemeindehäuser sein.

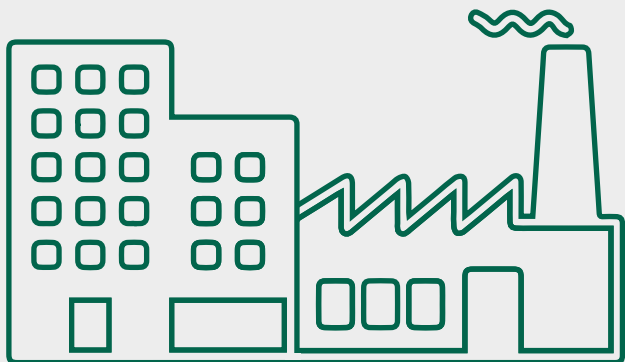
Gehört das fragliche Privatgelände einem Christen oder einer christlichen Organisation, ist die Situation mit derjenigen im eigenen

21. Vgl. vorhergehendes Kapitel.

Heim vergleichbar. Daher greifen die in den vorangegangenen Kapiteln erklärten Prinzipien über das Sprechen im eigenen Heim.

Werden dagegen für christliche Tagungen angemietete kommerzielle Veranstaltungsorte wie z. B. Hotels oder Kongresszentren Schauplatz des Bekenkens und der Religionsausübung oder auch nur der Meinungsäußerung kann dies im Widerspruch zu der Benutzungsordnung oder zum Selbstverständnis des Vertragspartners stehen. In solchen Fällen kommt aber nicht die allgemeine Vertragsfreiheit zur Geltung, denn in Deutschland schützen Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz (Diskriminierungsverbot) und dessen Konkretisierung im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen bzw. die Versorgung mit diesen Gütern vor Diskriminierung aufgrund der Religionszugehörigkeit.

Privatpersonen und privaten Unternehmen und Einrichtungen ist es gesetzlich verboten, Christen dadurch zu diskriminieren, dass sie ihnen Waren und Dienste nicht oder zu ungünstigeren Bedingungen anbieten als Nicht-Christen.



Glaubens- gespräche & Verkündigung des Evangeliums im Arbeitsumfeld



DER ARBEITSPLATZ ALS ORT FÜR GLAUBENSGESPRÄCHE UND VERKÜNDIGUNG DES EVANGELIUMS

Der moderne Arbeitsplatz ist ein Forum, in dem Menschen unterschiedlichster Herkunft und Überzeugungen aufeinandertreffen und gemeinsam arbeiten.

In einem Urteil vom 15.01.2013 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Bedeutung der Bekenntnisfreiheit am Arbeitsplatz bestätigt. Das Gericht betonte, dass der Wunsch, seinen Glauben zu bekennen, ein Grundrecht sei, weil eine gesunde demokratische Gesellschaft Pluralismus und Mannigfaltigkeit tolerieren und aushalten müsse, auch und wegen des Werts, den die Vermittlung seiner Religion an andere für den hat, der die Religion zu einem zentralen Punkt seines Lebens macht.²²

Die europäischen Grundrechte aus Artikel 9 und 10 EMRK sind genauso wie die verfassungsrechtlichen Garantien der Glaubens-, Bekenntnis-, Religions- und Meinungsfreiheit, Artikel 4 und 5 Grundgesetz, auf Sachverhalte am Arbeitsplatz anwendbar. Demnach ist das freie Bekennen des Glaubens auch am Arbeitsplatz umfassend geschützt. Dennoch existieren gewisse Regeln, die jeder beachten sollte, der seinen Glauben am Arbeitsplatz bekennen und Gespräche mit anderen darüber führen möchte. Das bedeutet jedoch nicht, dass Christen ihren Glauben am Arbeitsplatz nicht (mit)teilen dürften. Im gesamten Land werden am Arbeitsplatz viele Gebetsgemeinschaften und Bibelkreise abgehalten. Häufig stellen Arbeitgeber sogar Räumlichkeiten dafür zur Verfügung.

22. EGMR Urteil vom 15.01.2013 – 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10 (Eweida u. a. / United Kingdom), NJW 2014, 1935, 1940 – Rn. 94. Dabei bezog sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auf die Artikel 9 und 10 EMRK, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die Freiheit der Meinungsäußerung.

In der deutschen Rechtsprechung ist bisher nur ein Fall bekannt, in dem einem Arbeitnehmer wegen seiner Glaubenskundgabe gekündigt wurde: Ein Mitarbeiter eines Call-Centers beendete seine Kundengespräche jeweils mit der Formel „Jesus hat Sie lieb!“. Die Kündigung wurde gerichtlich bestätigt.²³ Ob dieses Urteil richtig ist und der Arbeitgeber zurecht kündigen durfte, ist unter Fachleuten allerdings umstritten.

Sollten Sie Ihren Glauben in aggressiver Form weitergeben oder missachten, dass ein Kollege klar gemacht hat, er habe keinen Gesprächsbedarf, kann ein Arbeitgeber Einwände erheben oder disziplinarische Maßnahmen ergreifen, die in eine Kündigung münden können. Identische Gespräche können an einem Arbeitsplatz toleriert werden, während das an einem anderen Arbeitsplatz nicht der Fall ist.

Diese Hinweise sollen dabei helfen, verantwortungsvoll über Glaubensüberzeugungen und das Evangelium zu sprechen:

- Arbeitnehmer sollten Richtlinien und Anweisungen ihres Arbeitgebers zu den Verhaltensregeln im Betrieb kennen und sich – im Lichte der dargestellten Grundsätze – nötigenfalls auch kritisch damit auseinandersetzen.
- Informationen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber enthält die Broschüre „Religiöse Vielfalt am Arbeitsplatz“ der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Diese Broschüre kann kostenlos aus dem Internet heruntergeladen werden.²⁴

23. LAG Hamm Urteil vom 20.04.2011 – 4 Sa 2230/10, NZA-RR 2011, 640.

24. https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/aktuelles/DE/2017/20170510_Publikation_Religioese_Vielfalt_am_Arbeitsplatz.html

Die deutschen und europäischen Gesetze verbieten in diesem Zusammenhang:

- Direkte Diskriminierung, also etwa eine Maßgabe des Arbeitgebers, dass am Arbeitsplatz z. B. nur von Christen nicht über den eigenen Glauben gesprochen werden darf.
- Indirekte Diskriminierung etwa durch eine Maßgabe des Arbeitgebers, nach der niemand am Arbeitsplatz über Glaubensfragen sprechen darf. Zwar bezieht sich eine solche Anweisung nicht allein auf Christen und stellt sie also nicht schlechter als andere gläubige Arbeitnehmer. Jedoch sind in diesem Fall alle Gläubigen im Vergleich zu denen, die keinen Glauben haben, benachteiligt.
- Schikane als unerwünschtes Benehmen in Bezug auf die religiösen Ansichten eines Menschen, das die Würde des Gegenübers verletzt oder ein einschüchterndes, feindseliges, herabwürdigendes, demütigendes oder beleidigendes Arbeitsumfeld schafft. Das wäre z. B. der Fall, wenn ein christlicher Kollege wegen seines Glaubens geschnitten oder eingeschüchtert würde.

Natürlich gilt dieser Schutz nicht nur den Rechten von Christen. Christen sind durch diese Regelungen auch in umgekehrter Weise verpflichtet. Während ein Christ sich durch Fluchen und Gotteslästerung seiner Kollegen schikaniert fühlen kann, können Nicht-Christen sich auf dasselbe Prinzip berufen, wenn ein Christ deren Glauben oder religiöse Ansichten beschimpft.

WAS KANN ICH AM ARBEITSPLATZ SAGEN UND WIE SOLLTE ICH ES TUN?

Einige wichtige Grundsätze: Vergessen Sie nicht, wozu Sie an Ihrem Arbeitsplatz sind.

Glaubensgespräche dürfen nicht zulasten der Arbeitsleistung geführt werden. Sie sind dazu angestellt, Ihre Pflichten und Aufgaben zu erfüllen, nicht um zu missionieren. Das christliche Zeugnis besteht nicht nur aus dem, was wir unseren Kollegen mitteilen. Vielmehr geben wir auch durch die Art und Weise Zeugnis, in der wir arbeiten und mit dem, was wir mit unseren Handlungen gegenüber unserem Arbeitgeber, unseren Angestellten und unseren Kollegen ausdrücken. Wenn wir fleißig, sorgfältig und auf eine gottgefällige Weise arbeiten, wird unser Zeugnis viel glaubwürdiger sein.

Wählen Sie den passenden Zeitpunkt und Ort.

Um Kollisionen mit der Arbeitsleistung und dem Umfeld zu vermeiden, sollten Sie ein Gespräch außerhalb der Arbeitszeit und des Arbeitsplatzes vorschlagen.

Missbrauchen Sie nicht Ihre Vorgesetztenposition.

§ 106 Gewerbeordnung (GewO) regelt das Weisungsrecht des Arbeitgebers:

„Der Arbeitgeber kann Inhalt, Ort und Zeit der Arbeitsleistung nach billigem Ermessen näher bestimmen, soweit diese Arbeitsbedingungen nicht durch den Arbeitsvertrag, Bestimmungen einer Betriebsvereinbarung, eines anwendbaren Tarifvertrages oder gesetzliche Vorschriften festgelegt sind. Dies gilt auch hinsichtlich der Ordnung und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb. Bei der Ausübung des Ermessens

hat der Arbeitgeber auch auf Behinderungen des Arbeitnehmers Rücksicht zu nehmen.“

Der Arbeitgeber hat das billige Ermessen dann richtig ausgeübt, wenn er die wesentlichen Umstände des Falles abgewogen und die beiderseitigen Interessen angemessen berücksichtigt hat.²⁵ Er muss den berechtigten Interessen des Arbeitnehmers nachkommen, wenn es ihm ohne Schwierigkeiten möglich ist.²⁶ Das gilt auch für Glaubensfragen.²⁷

Machtmissbrauch ist unbiblisch und unter allen Umständen inakzeptabel. Wenn Sie als Vorgesetzter gegenüber einer Person, mit der Sie sprechen, Weisungsbefugnisse haben, müssen Sie es vermeiden, diese Macht zu missbrauchen. Bedenken Sie die Unterschiede in der Hierarchie und die eventuelle Verletzlichkeit Ihres Kollegen. Es ist klug, zu prüfen, ob sich der Gesprächspartner damit wohlfühlt, in ein ungebetenes Gespräch verwickelt zu werden oder es weiterzuführen. Entwickelt sich das Gespräch über einen längeren Zeitraum, sollten Sie von Zeit zu Zeit nachfragen, ob Ihr Gesprächspartner noch Freude an dem Gespräch hat und ihm versichern, dass er frei ist, die Konversation zu beenden, wann immer er es möchte. Wir sollten im Normalfall des Alltags niemals unsere Machtposition ausnutzen, um jemanden dazu zu zwingen, unser Zeugnis anzuhören.

Das Glaubenszeugnis am Arbeitsplatz erfordert ein sorgfältiges Urteil darüber, wann und wo es passend ist. Je weiter oben Sie in der Hierarchie stehen, desto größer sind die Anforderungen an Ihre Urteilsfähigkeit.

25. BAGE 137, 164, Rn. 17; 23.

26. BAGE 137, 164, Rn. 42.

27. BAGE 137, 164; Rn. 21 f.

Stellen Sie christliche Meinungen vor.

Religiöse Ansichten stehen unter einem größeren rechtlichen Schutz als Meinungen zu anderen Themen. Wenn Sie eine Meinung äußern, die durch Ihren christlichen Glauben geprägt wurde, ist dies rechtlich viel stärker geschützt, als wenn Sie diese Ansicht einfach nur als Ihre Meinung über ein Thema kundtun. Dies ist ein guter Grund dafür, offen auszusprechen, wie Ihr Glaube Ihre Meinungen inspiriert.

Schulmeistern und belehren Sie nicht. Tauschen Sie Meinungen aus.

Ein Dialog, also ein Austausch von Meinungen, entspricht der Intention des Grundgesetzes. Geben Sie Ihr persönliches Zeugnis, hören Sie anderen zu und stellen Sie Fragen. Erwarten Sie nicht, dass Sie auf alles eine Antwort haben. Wenn wir wirkungsvoll unseren Glauben am Arbeitsplatz bezeugen wollen, dann sollten wir auf das persönliche Bekenntnis zu Jesus Christus vertrauen.

Die Wahrheit sagen, aber nicht zum Richter werden.

Christen sollen die Wahrheit sagen und sich ihres Glaubens nicht schämen. Trotzdem müssen Sie sich Gedanken darüber machen, wie Sie über ihren Glauben sprechen. Verzichten Sie auf Verurteilungen. Denken Sie daran, dass Sie leicht missverstanden und Ihre Äußerungen als Angriff gewertet werden können. Daher ist es unumgänglich, einfühlsam und sensibel zu sein. Formulieren Sie Ihre Aussage als eine persönliche Ansicht und stellen Sie sie in einen größeren Zusammenhang. Das kann man machen, indem man Bekenntnissätze benutzt, wie „die meisten Christen glauben, dass...“ oder „als Christ glaube ich, dass...“ oder „In der Bibel steht, ...“. Im Gegensatz dazu sollten Sie keine missbilligenden und verurteilenden Stellungnahmen abgeben.

Schaffen Sie eine gute Gesprächskultur.

Pflegen Sie eine Gesprächskultur, zu der selbstverständlich auch Glaubensfragen gehören. Je alltäglicher diese Gespräche werden, desto weniger werden sie in Frage gestellt werden. Anhaltende natürliche Gespräche sind besser als erzwungene einmalige Gelegenheiten.

Bieten Sie Gebet einfühlsam an.

Ein Gebetsangebot zu machen ist Ausdruck der gelebten Religiosität und damit rechtlich unumstritten. Eine kulturelle und persönliche Sensibilität ist bei jedem Gebetsangebot dennoch unverzichtbar. Das Gegenüber darf keinesfalls genötigt werden. Man muss fragen, ob man für seinen Gesprächspartner beten darf. Ein Gebetsangebot außerhalb des Arbeitsumfelds zu machen, ist ein sicherer Rahmen, weil damit die natürlichen Grenzen des Arbeitslebens gewahrt werden.

Respektieren Sie die Rechte Ihrer Kollegen.

Hat ein Kollege zum Ausdruck gebracht, dass er keine Glaubensgespräche führen möchte, verfolgen Sie ihn nicht damit und behandeln Sie ihn wegen seiner Haltung nicht schlechter oder ablehnend, sondern begegnen Sie ihm auch weiterhin respektvoll. Anderenfalls könnte Ihr Handeln zu Recht als Schikane oder rechtswidrige Diskriminierung ausgelegt werden.

Natürlich werden Sie auch weiterhin mit Ihren Kollegen interagieren müssen. Behandeln Sie also auch den Kollegen respektvoll, der sich einem Gespräch verschließt.

Wenn ein Gespräch über Religion und Glauben offensichtlich unerwünscht ist, kommt es nicht darauf an, ob Ihr Gesprächspartner Ihnen dies direkt zu verstehen gegeben hat oder nicht. In jedem Fall könnte die Situation bis hin zu rechtswidriger Schikane eskalieren,

wenn Sie das Gespräch trotzdem aufdrängen. Genauso wenig sollten Sie andere mit Traktaten oder E-Mails über das Christentum bombardieren.

Lässt sich ein Kollege andererseits gern zu kirchlichen Treffen einladen oder hat er Interesse an E-Mails und Schriften über das Christentum, haben Sie alle Freiheit, dieses Interesse zu bedienen. Bitte beachten Sie dabei unbedingt die Anweisungen Ihres Arbeitgebers zur privaten Nutzung Ihres geschäftlichen E-Mail-Accounts und Ihre Verpflichtung, Ihre Arbeitszeit zu dienstlichen Zwecken zu nutzen!

Behandeln Sie andere so, wie Sie es sich für sich selbst wünschen.

Bringen Sie anderen und deren Glauben dasselbe Maß an Respekt entgegen, das Sie für sich selbst und Ihren christlichen Glauben erwarten. Von einem Arbeitgeber, der Religionsvielfalt am Arbeitsplatz vorsieht, dürfen Sie keine bevorzugte Behandlung des christlichen Glaubens erwarten. Ihre nicht- oder andersgläubigen Kollegen genießen dieselben Rechte wie Sie.

WIE IST ES MIT SCHIKANE, DISKRIMINIERUNG UND MOBBING?

Nach Artikel 3 Absatz 1 Grundgesetz sind alle Menschen vor dem Gesetz gleich. Artikel 3 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz regelt, dass Männer und Frauen gleichberechtigt sind. Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 Grundgesetz schreibt vor, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Satz 2 des dritten Absatzes ordnet an, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf.

Das Grundrecht auf Gleichheit wird für die Rechtsbeziehungen unter Privaten mit dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) verbindlich. Nach § 1 AGG ist das Ziel des Gesetzes, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

Opfer von Schikane, Diskriminierung und Mobbing können deshalb gemäß § 21 Absatz 1 AGG die Beseitigung der Beeinträchtigung verlangen und – wenn weitere Beeinträchtigungen zu erwarten sind – auf Unterlassung klagen. Sollten Schäden eingetreten sein, kann das Opfer Schadensersatz nach § 21 Absatz 2 AGG verlangen. In solchen Fällen wird empfohlen, Rechtsrat einzuholen.

SOLLTE ICH KONTROVERSE THEMEN MEIDEN?

Ändert die Gesellschaft ihre Moralvorstellungen, Werte und ethischen Ansichten, kann das von einer Generation als brisant eingeschätzt werden, während eine andere Generation die Veränderungen für absolut vertretbar hält.

Je umstrittener das Thema ist, desto größer ist das Risiko, dass Probleme entstehen. Die Äußerung der eigenen Meinung sollte daher informierend und nicht aggressiv sein. Zwar schützt die Meinungsfreiheit sogar Schmähkritik,²⁸ jedoch ist die Grenze zur so genannten Formalbeleidigung, die nicht mehr durch das Grundrecht gedeckt ist,²⁹ schnell überschritten. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts werden auch polemische, scharfe und übersteigerte Äußerungen grundsätzlich durch Artikel 5 Absatz 1 Grundgesetz

28. Grabenwarter, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 5 Abs. 1 Rn. 61.

29. Grabenwarter, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 5 Abs. 1 Rn. 62.

geschützt.³⁰ Die Form der Schmähkritik wird dann verlassen, wenn Begriffe verwendet werden, die ein „zivilisierter“ Mensch nicht benutzen würde, also z. B. demütigende oder obszöne Schimpfwörter oder Beschimpfungen mit Tiernamen.³¹ Hier setzen die allgemeinen Gesetze und das Recht der persönlichen Ehre der Meinungsfreiheit Grenzen, Artikel 5 Absatz 2 Grundgesetz.³²

Das, was Sie für normal halten, könnte von anderen ganz anders eingeschätzt oder interpretiert werden. Dies gilt ganz besonders in säkularer werdenden Zeiten, in denen die Menschen weniger mit Christen interagieren (wollen) und sich religiöser Analphabetismus breit macht. Aus Großbritannien ist z. B. ein Fall bekannt, in dem polizeilich ermittelt wurde, weil der Diskussionsbeitrag eines Christen über das Thema Hölle und jüngstes Gericht als Todesdrohung aufgefasst wurde.³³

Christen brauchen auch kontroversen Diskussionen nicht aus dem Weg zu gehen, solange sie sich im Rahmen des rechtlich Möglichen bewegen. Hat ein Kollege Sie nach Ihrer Meinung zu einem umstrittenen Thema gefragt, wird es viel einfacher sein, sich vor dem Arbeitgeber dafür zu rechtfertigen, dass das Thema angesprochen wurde. Dabei ist es unerlässlich, auf angemessene Weise zu antworten. In den meisten Fällen dürfte es besser sein, das Gespräch von der Kontroverse weg in Richtung eines persönlichen Zeugnisses zu lenken, da das religiöse Bekenntnis geschützt ist. Schließlich müssen Sie sich darüber bewusst sein, dass manche Menschen aus feindseligen Beweggründen handeln und versuchen könnten, Ihnen eine Falle zu stellen, indem Sie sie dazu bringen, etwas zu sagen, für das Sie dann kritisiert werden können.

30. BVerfGE 93, 266, 289; 82, 272, 282; 61, 1, 7; 60, 234, 240.

31. Grabenwarter, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 5 Abs. 1 Rn. 62.

32. BVerfGE 93, 266, 290; 82, 272, 280; 61, 1, 8.

33. Speak up – The law and your Gospel Freedoms, 33.

Wenn Ihnen eine Frage zu einem umstrittenen Thema gestellt wird, kann es hilfreich sein, klar zu machen, worauf Ihr Standpunkt gründet, indem Sie Ihren christlichen Glauben erklären und den Weg dorthin beschreiben. Das persönliche Zeugnis kann ein starkes Mittel sein, um andere am eigenen Glauben teilhaben zu lassen. Fragen Sie Ihre Kollegen nach deren Ansichten und Gründen, um die Perspektive Ihrer Kollegen besser zu verstehen.

DARF ICH MEINEN GLAUBEN MIT KUNDEN UND GESCHÄFTSPARTNERN TEILEN?

Glaubensgespräche, die während der Arbeitszeit mit Kunden und Geschäftspartnern geführt werden, sind von der Glaubens- und Bekenntnisfreiheit geschützt. Sie müssen dennoch überlegen, ob Ihr Arbeitgeber damit einverstanden ist, dass Sie solche Gespräche anstoßen. Arbeitgeber können verständlicherweise sehr empfindlich darauf reagieren, insbesondere, wenn es zu Beschwerden kommt. Beginnt der Geschäftspartner den Austausch über Religion und Glauben, bietet sich eine schöne und auch zulässige Gelegenheit zum Gespräch.

WENN MEIN ARBEITGEBER DIE MEINUNGS- UND BEKENNTNISFREIHEIT EINSCHRÄNKT

Dienstanweisungen, nach denen insbesondere Gespräche über den Glauben untersagt werden, kann man begegnen, indem man den Arbeitgeber auf die eigenen Rechte hinweist und ihm zudem erklärt, dass die fehlende Möglichkeit, christliche Themen am Arbeitsplatz zu besprechen, zu einem Mangel an Verständnis des christlichen Glaubens führen kann. Sprachfähigkeit hilft, Probleme zu vermeiden, wie z. B. dass religiöse Gefühle unbeabsichtigt durch Verhalten und Sprache anderer beleidigt werden.

Ein pauschales Verbot jedweder Glaubensgespräche könnte eine indirekte Diskriminierung sein, wenn damit weder ein zulässiges Ziel verfolgt wird noch das Verbot angemessen ist. Es mag Umstände geben, unter denen die Bitte angezeigt ist, Glaubensgespräche zu vermeiden, z. B. dann, wenn berechtigte Beschwerden von Kollegen darüber vorliegen, dass ihnen der Glaube in einer unerwünschten Weise nähergebracht werden sollte.

Dienstanweisungen, die einen speziellen Glauben herausgreifen oder allen Angestellten verbieten, über ihren Glauben zu sprechen, lassen sich schwer rechtfertigen. Lenkt der Arbeitgeber nicht ein, sondern besteht er auf seinem Verbot, sich am Arbeitsplatz über den Glauben auszutauschen, kann das gerichtlich angefochten werden.

Das Tragen religiöser Symbole am Arbeitsplatz ist immer wieder Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen, seltener jedoch im Zusammenhang mit christlichen Symbolen. Zu beachten ist, dass es bei Gleichbehandlungsthemen genau auf den Sachverhalt ankommt. Nur wirklich Gleiches muss rechtlich tatsächlich gleich behandelt werden. Eine genaue Analyse des Sachverhalts im Einzelnen ist nötig.³⁴

In dem Fall Eweida³⁵ gegen Großbritannien entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte, dass British Airways ihrer Mitarbeiterin nicht per Dresscode verbieten durfte, ihren Glauben durch das Tragen einer Kette mit Kreuz zu bekennen. Das Gericht betonte, dass der Wunsch, seinen Glauben zu bekennen, ein Grundrecht sei, weil eine gesunde demokratische Gesellschaft Pluralismus und Mannigfaltigkeit tolerieren und aushalten müsse sowie wegen des Werts, den die Vermittlung seiner Religion an andere für den hat, der

34. EuGH Urteil vom 28.11.2023 – C-148/22 (OP/ Commune d'Ans); EuGH, Urteil vom 13.10.2022 – C-344/20. In beiden Fällen bestätigte der EuGH ein Kopftuchverbot, unter der Bedingung, dass auch alle anderen religiösen Symbole verboten wurden, um die weltanschauliche Neutralität zu wahren.

35. Vgl. auch Kapitel „Der Arbeitsplatz als Ort für Glaubensgespräche und Verkündigung des Evangeliums“.

die Religion zu einem zentralen Punkt seines Lebens macht.³⁶ Dabei bezog sich der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte auf die Artikel 9 und 10 EMRK³⁷, die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie die Freiheit der Meinungsäußerung.

Die gerichtliche Abwägung nimmt Bezug auf sämtliche Umstände, den Sachzusammenhang und alle Fakten, zu denen auch eventuelle Unzuträglichkeiten gehören, die ihr Glaubensbekenntnis bei anderen verursachen kann. Im Fall Chaplin gegen Großbritannien³⁸ führte dies dazu, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte dem Arbeitgeber der Krankenschwester Recht gab, der seiner Mitarbeiterin ebenfalls das Tragen eines Kreuzes an einer Kette untersagt hatte. Das Gericht begründete seine Entscheidung mit hygienischen Anforderungen im Krankenhaus.³⁹

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat festgestellt, dass das Recht eines Christen, seinen Glauben zu vermitteln stärker sein kann, als eine Dienstanweisung, die dies untersagen will.

WENN ICH DURCH ARBEITSVERTRAGLICHE ODER BERUFLICHE RICHTLINIEN GEBUNDEN BIN

Es gibt Berufe, in denen die Mitarbeiter durch Richtlinien zu Glaubensthemen gebunden sind. Das sind z. B. medizinische, juristische,

36. EGMR – Urteil vom 15.01.2013 – 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10 (Eweida u. a. / United Kingdom, NJW 2014, 1935, 1940 – Rn. 94.

37. Vgl. Kapitel „Wie ist die Gesetzeslage?“

38. EGMR Urteil vom 15.01.2013 – 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10 (Eweida, Chaplin u. a. / United Kingdom), NJW 2014, 1935, 1939.

39. EGMR Urteil vom 15.01.2013 – 48420/10, 59842/10, 51671/10, 36516/10 (Eweida, Chaplin u. a. / United Kingdom), NJW 2014, 1935, 1939 – Rn. 99 f.

pädagogische und therapeutische Berufe. Mithilfe der Richtlinien soll ein Verhalten der Berufsangehörigen sichergestellt werden, das das öffentliche Vertrauen in den jeweiligen Berufsstand nicht beschädigt. Dies gilt bei herausgehobenen Positionen sogar außerhalb des Arbeitsplatzes. Ist also der Mitarbeiter regelmäßig dazu gezwungen, öffentlich aufzutreten oder in einer öffentlichen Funktion tätig, müssen die rechtlichen und beruflichen Konsequenzen seines Handelns äußerst sorgfältig bedacht werden. Dazu gehören auch die Konsequenzen von Äußerungen über die sozialen Medien. Arbeitnehmer sollten sich an ihren Berufsverband wenden, wenn sie weitergehende Informationen benötigen.

WAS KANN ICH TUN, WENN ES STREITPUNKTE ZWISCHEN MEINEM ARBEITGEBER UND MIR GIBT?

Im Fall einer Streitigkeit ist eine schriftliche Aufzeichnung der Vorgänge hilfreich. Versuchen Sie, einen Kollegen als Protokollanten zu eventuellen Gesprächen mitzunehmen. Es empfiehlt sich, bereits in einem frühen Stadium Rechtsrat einzuholen.

Streitigkeiten sollten am besten gütlich ohne die Einschaltung eines Gerichts beigelegt werden. Ein gerichtliches Verfahren sollte nicht leichtfertig in Gang gesetzt werden. Andererseits gibt es Situationen, in denen es angemessen ist, den Rechtsweg zu beschreiten und Klage zu erheben. Zuvor sollte jedoch unbedingt Rechtsrat eingeholt werden. Als Alternative zu einem Gerichtsverfahren dienen Mediation und Schiedsverfahren.

Je nach Sachverhalt sind zur Rechtswahrung die Arbeits-, Zivil-, Verwaltungs- oder Strafgerichte anzurufen. Bleibt eine Klage in allen Instanzen erfolglos, kann eine Verfassungsbeschwerde wegen der Verletzung von Grundrechten zum Bundesverfassungsgericht erhoben werden. Ist auch dies erfolglos, kann der Europäische Gerichtshof für

Menschenrechte (EGMR) angerufen werden. In bestimmten Fällen kann auch die Berufung auf die Grundrechtecharta vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Betracht kommen.

DARF MEIN ARBEITGEBER VON MIR FORDERN, ETWAS ZU SAGEN ODER ZU TUN, DAS MEINEM GLAUBEN WIDERSPRICHT?

Gesetzeswidriges darf Ihr Arbeitgeber nicht von Ihnen verlangen. Dazu gehören insbesondere alle im Strafgesetzbuch und im so genannten Nebenstrafrecht geregelten Tatbestände, wie z. B. die Körperverletzung, aber auch Diebstahl, Unterschlagung, Betrug oder Schwarzarbeit.

Konflikte können eher dort entstehen, wo der Arbeitgeber gesetzlich Erlaubtes von Ihnen verlangt, das Sie jedoch nicht mit Ihrem Gewissen vereinbaren können. Auch die Gewissensfreiheit genießt grundrechtlichen Schutz. Begründet ist dies durch die Beachtung der Menschenwürde, die es nicht zulässt, jemanden zum Handeln gegen sein Gewissen zu zwingen.

Im konkreten Fall müsste geprüft werden, ob möglicherweise eine direkte Diskriminierung vorliegt. Das kommt in Betracht, wenn nur Sie aufgefordert wurden und der Grund dafür Ihr Glaube ist. Hat Ihr Glaube nichts damit zu tun, könnte dennoch eine indirekte Diskriminierung vorliegen. Dann wäre zu prüfen, ob die verlangte Handlung als angemessenes Mittel zur Erreichung eines legitimen Ziels des Arbeitgebers dient und deshalb gerechtfertigt ist. Unter Umständen kann Ihnen aufgrund der Glaubensfreiheit ein Leistungsverweigerungsrecht zustehen.⁴⁰ In allen Fällen wird dringend

40. Schubert, in: MüKo BGB 9. Aufl. 2022, § 242 Rn. 141; 143.

empfohlen, Rechtsrat einzuholen. Es handelt sich um komplexe Abwägungsprozesse.

Daneben sollten Sie das Gespräch mit Ihrem Arbeitgeber suchen und erklären, warum sein Verlangen für Sie problematisch ist. Bitte folgen Sie den weiter oben dargestellten Verhaltensrichtlinien, damit sich Ihr Rechtsschutz so umfassend wie möglich gestaltet. Erklären Sie, warum Ihr christlicher Glaube in Hinblick auf die Aufgabenstellung relevant ist. Dabei kann es angemessen sein, dem Arbeitgeber ein diesbezügliches Schreiben auszuhändigen. Das geschriebene Wort reduziert das Risiko, missverstanden oder falsch wiedergegeben zu werden. Gibt es in Ihrem Betrieb Dienstanweisungen, nach denen religiöse Ansichten zu respektieren sind, nehmen Sie darauf Bezug. Um keinen falschen Eindruck bei Ihrem Arbeitgeber zu hinterlassen, sollten Sie die Problematik konstruktiv angehen und möglichst eine Lösung vorschlagen. Diese Vorgehensweise ist auch in Hinblick auf die Vorbereitung eines eventuellen gerichtlichen Streits wichtig, denn der Arbeitnehmer muss darlegen, warum er bestimmte Tätigkeiten aus Glaubensgründen nicht ausführen kann.

In diesem Zusammenhang hat das Bundesarbeitsgericht entschieden, dass der Arbeitgeber in Richtung des Arbeitnehmers zwar ein Weisungsrecht hat, den ihm offenbarten Glaubenskonflikt aber berücksichtigen muss. Er darf dem Arbeitnehmer unter verfassungskonformer Auslegung und Anwendung des Weisungsrechts regelmäßig keine Arbeit zuweisen, die den Arbeitnehmer in einen nachvollziehbar dargelegten, ernsthaften und unüberwindbaren Glaubenskonflikt brächte.⁴¹ Es sind die Interessen beider Seiten gegeneinander abzuwägen, wobei den Grundrechten der Beteiligten zur Geltung verholfen werden muss.⁴²

41. BAG, Urteil vom 24.02.2011 – 2 AZR 636/09, NZA 2011, 1087; 1090.

42. BAG, Urteil vom 24.02.2011 – 2 AZR 636/09, NZA 2011, 1087; 1090; Schubert, in: MüKo BGB, 9. Aufl. 2022, § 242 Rn. 134; 142 f.

§ 13 AGG – Beschwerderecht

„(1) Die Beschäftigten haben das Recht, sich bei den zuständigen Stellen des Betriebs, des Unternehmens oder der Dienststelle zu beschweren, wenn sie sich im Zusammenhang mit ihrem Beschäftigungsverhältnis vom Arbeitgeber, von Vorgesetzten, anderen Beschäftigten oder Dritten wegen eines in § 1 genannten Grundes benachteiligt fühlen. Die Beschwerde ist zu prüfen und das Ergebnis der oder dem beschwerdeführenden Beschäftigten mitzuteilen.

(2) Die Rechte der Arbeitnehmervertretungen bleiben unberührt.“

ARBEIT AN SONN- UND FEIERTAGEN

Nach § 9 Absatz 1 Arbeitszeitgesetz ist Sonn- und Feiertagsarbeit verboten. Das Gesetz sieht für bestimmte, für das öffentliche Leben wichtige Bereiche Ausnahmen vor. Das sind u. a. Energie- und Wasserversorgung, Not- und Rettungsdienste, Feuerwehr, Polizei, Gerichte, Behörden, Krankenhäuser, Pflegeheime, aber auch Musikaufführungen, Theater, Kinos, Sportveranstaltungen, Messen, Märkte, Verkehrsbetriebe.

Anordnungen des Arbeitgebers, die gegen das Arbeitszeitgesetz verstoßen, sind nichtig. Sie müssen daher grundsätzlich nicht befolgt werden. Da aber eine Ausnahmeregelung des Arbeitszeitgesetzes oder eines anderen Gesetzes vorliegen könnte, wird dringend empfohlen, diesbezüglich Rechtsrat einzuholen.

Die Institution des Sonn- und Feiertags wird unmittelbar durch die Verfassung garantiert. Neben den christlichen

Religionsgemeinschaften können sich auf den Schutz des Sonn- und Feiertags auch andere Grundrechtsträger berufen.⁴³

Diese Schutzpflichten, die den Staat betreffen, richten sich primär an den Gesetzgeber, aber auch an die Rechtsprechung. Daher wirken sie sich im Privatrecht insbesondere zugunsten der Arbeitnehmer aus. Das Zivil- und Arbeitsrecht sind unter Beachtung der grundrechtlich geschützten Glaubens- und Bekenntnisfreiheit und auch der Religionsausübungsfreiheit auszulegen.⁴⁴ Dementsprechend hat das Landesarbeitsgericht Hamm entschieden, dass ein Arbeitnehmer, der sich weigert, an einem Sonntag dem Schichtenplan entsprechend zu arbeiten, weil der Sonntag Gott gehöre, nicht verhaltensbedingt gekündigt werden kann. Seine Überzeugung werde durch Artikel 4 Grundgesetz geschützt. Eine Berechtigung zur Kündigung habe der Arbeitgeber nur dann, wenn keine andere Möglichkeit der Schichteinteilung besteht.⁴⁵

Der Arbeitnehmer hat also grundsätzlich die Möglichkeit, Sonn- und Feiertagsarbeit abzulehnen. Die Glaubensfreiheit kann ein Leistungsverweigerungsrecht des Arbeitnehmers begründen.⁴⁶ Da aber die Interessen des Arbeitnehmers und die Interessen des Arbeitgebers, dem das Grundrecht der Berufsfreiheit zur Seite steht, gegeneinander abgewogen⁴⁷ werden müssen, wird dringend empfohlen, Rechtsrat zu suchen, bevor Sie mit einer „Arbeitsverweigerung“ vollendete Tatsachen schaffen, die zu einer fristlosen Kündigung führen könnten. Schließlich geht es immer um den Einzelfall, so dass ein gerichtliches Vorgehen gegen eine solche Kündigung zwar erfolgreich sein kann, aber nicht muss.

43. BVerfGE 125, 39, 84.

44. Schmidt, in: *ErfKomm ArbR*, 25. Aufl. 2025, GG Art. 4 Rn. 20.

45. LAG Schleswig-Holstein, Urteil vom 20.01.2009 - 5 Sa 270/08, BeckRS 2009, 58812; LAG Hamm, Urteil vom 08.11.2007 - 15 Sa 271/07, 1. und 2. Orientierungssatz, BeckRS 2008, 50009.

46. Schubert, in: *MüKo BGB*, 9. Aufl. 2022, § 242 Rn. 141; 143.

47. Schubert, in: *MüKo BGB*, 9. Aufl. 2022, § 242 Rn. 141.

GEBET

Grundsätzlich steht jedes aus Glaubensgründen als verpflichtend empfundene Handeln unter dem Schutz des Artikels 4 Grundgesetz, also auch das Gebet. Dabei kommt es nicht darauf an, ob die Religion das Beten während der begehrten Zeit zwingend vorschreibt, vielmehr reicht es aus, dass der Gläubige diese religiöse Handlung als verbindlich ansieht.⁴⁸

Demnach können sich sowohl Gläubige, deren Gebete keinerlei zeitlichen oder räumlichen Anforderungen unterliegen, als auch Gläubige, deren Gebete durch Formvorschriften geregelt werden, auf Artikel 4 Grundgesetz berufen, wenn sie Gebetspausen verlangen. Der Arbeitgeber ist jedoch nur dann dazu verpflichtet, solche Pausen hinzunehmen, wenn sie keine betrieblichen Störungen hervorrufen und vorher mit den Vorgesetzten abgesprochen wurden.⁴⁹ Dabei überwiegt das Arbeitgeberinteresse an ungestörten Betriebsabläufen das Interesse des Gläubigen an einer dreiminütigen Gebetspause außerhalb der normalen Pausen.⁵⁰

Als Christ sollten Sie sich bewusst machen, dass Sie Ihre Arbeit auch zur Ehre Gottes ausführen. Der Respekt gegenüber dem Arbeitgeber gehört dazu. Auch deshalb sollten Sie Ihre Gebete üblicherweise in die Arbeitspausen legen.

48. LAG Hamm, Urteil vom 26. 2. 2002 - 5 Sa 1582/01, NZA 2002, 1090, 1092; Urteil vom 18.01.2002 - 5 Sa 1782/01, NZA 2002, 675, 676.

49. LG Aachen, Beschluss vom 25.06.2014 - 33i StVK 924/13, BeckRS 2014, 119905; LAG Hamm, Urteil vom 26. 2. 2002 - 5 Sa 1582/01, NZA 2002, 1090; Urteil vom 18.01.2002 - 5 Sa 1782/01, NZA 2002, 675, 677.

50. LAG Hamm, Urteil vom 18.01.2002 - 5 Sa 1782/01, NZA 2002, 675, 676f.; Vossen in: Ascheid/Preis/Schmidt, KündigungsR, 7. Aufl. 2024, KSchG, § 1 Rn. 359; Fischinger in: MHdB ArbR Band 1, 6. Aufl. 2024, § 7 Rn. 53.

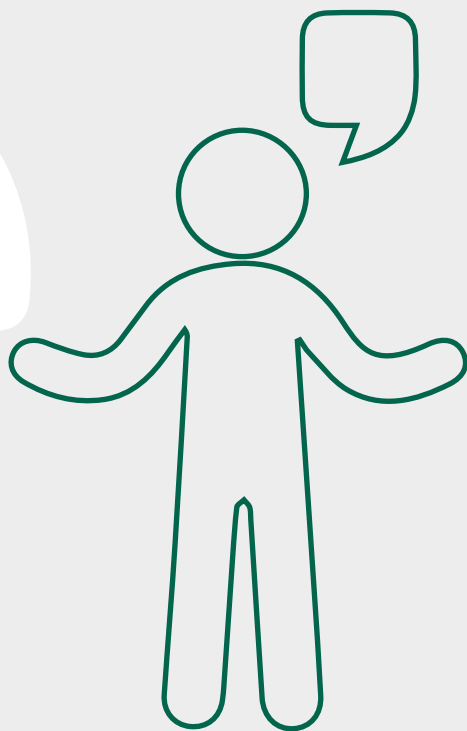
BESONDERHEITEN BEI ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN ARBEITGEBERN

Alle staatlichen Einrichtungen sind unmittelbar durch die Grundrechte gebunden, Artikel 1 Absatz 3 Grundgesetz. Dazu gehören auch die öffentlich-rechtlichen Arbeitgeber wie z. B. Behörden. Die öffentliche Hand kann sich der Grundrechtsbindung auch dann nicht entziehen, wenn sie sich in privatrechtlichen Formen betätigt.⁵¹ Demnach beansprucht die Glaubensfreiheit in der arbeitsvertraglichen Beziehung nicht nur über die „Hilfskonstruktion“ ihrer Ausstrahlungswirkung auf das Privatrecht oder über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz Geltung, sondern ist unmittelbar durch den Arbeitgeber zu beachten. Auch hier gilt jedoch, dass eventuelle Verfassungsgüter die Glaubensfreiheit einschränken können. Bei Meinungsverschiedenheiten sollte daher Rechtsrat eingeholt werden.

FAZIT

Nach der Vorstellung des Gesetzgebers sollen die Beteiligten selbst im Gespräch miteinander eine vernünftige Lösung finden, was in der Regel auch in deren Interesse liegen dürfte. Dies kann nur gelingen, wenn die Parteien sich gegenseitig respektvoll behandeln und sich entgegenkommen. Es wird Ihnen von Nutzen sein, wenn Sie als Gesprächspartner wahrgenommen werden, der bei Meinungsverschiedenheiten konstruktiv und kompromissbereit einen Interessenausgleich verfolgt. Ein Entgegenkommen der anderen Seite können Sie nur dann erwarten, wenn Sie nicht als Störenfried auftreten, der mit den Gefühlen anderer oder den Anweisungen und Richtlinien seines Arbeitgebers respektlos umgeht.

51. BVerfGE 128, 226, 244.



Glaubens- gespräche & Verkündigung des Evangeliums in der Öffentlichkeit

AUF DER STRASSE

Ihre Glaubens- und Bekenntnisfreiheit können Sie auf öffentlichem Terrain wahrnehmen. Sowohl Glaubensgespräche als auch Straßenmission und Straßenpredigten stehen als Ausübung der Religion unter dem Schutz des Artikels 4 Absatz 1 und 2 Grundgesetz⁵² und des Artikels 9 EMRK.⁵³

Diese Freiheit, über den christlichen Glauben und das Evangelium in der Öffentlichkeit sprechen zu dürfen, wird bekanntermaßen nicht allen Christen in der Welt zuteil. Die Religionsfreiheit, die wir im Rahmen der deutschen und europäischen Rechtsordnung genießen, ist ein entsprechend hohes Rechtsgut.

Sie benötigen demnach keinerlei Erlaubnis, um in der Öffentlichkeit Zeugnis abzulegen, zu evangelisieren oder zu predigen. Stellen Sie aber sicher, dass Sie sich tatsächlich auf öffentlichem Grund befinden, um zu vermeiden, in die Rechte eines anderen einzugreifen. So erscheinen z. B. Einkaufszentren und deren Parkflächen wie öffentliches Gelände, sind es jedoch oft nicht. In der Regel werden diese Einrichtungen privat betrieben. Hier wäre es nötig, vorher eine Erlaubnis des Betreibers einzuholen. Straßeneinsätze wie z. B. das Singen christlicher Lieder können beim zuständigen Ordnungsamt als Flashmob angemeldet werden.

Wenn Sie sich z. B. in öffentlichen Parks oder öffentlichen Gebäuden befinden, prüfen Sie vorher die Benutzungsordnung.

Stellen Sie in jedem Fall sicher, dass Sie Passanten nicht den Weg versperren und diese bei Desinteresse ungehindert an Ihnen vorbei gehen können. Außerdem müssen Sie beachten, dass Ihre Freiheit

52. BVerfGE 153,1, 34; 12, 1, 3 f.; 24, 236, 245.

53. EGMR Urteil vom 25.05.1993 – 14307/88 (Kokkinakis / Griechenland) – Rn. 31; Urteil vom 24.02.1998 – 23372/94 u. a. (Larissis u. a. / Griechenland) – Rn. 38.

zur Religionsausübung durch die Rechte anderer beschränkt werden kann.⁵⁴

MISSIONSVERANSTALTUNGEN, EVANGELISATIONEN

Missionsveranstaltungen, Evangelisationen und ähnliche Veranstaltungen fallen unter die durch Artikel 4 Absatz 1 und 2 Grundgesetz⁵⁵ und den Artikel 9 EMRK⁵⁶ geschützte Religionsausübung. Entgegenstehende Rechte anderer sind zu achten.⁵⁷ Holen Sie eventuell erforderliche Genehmigungen bei den lokalen Behörden ein und beachten Sie ggf. Anmeldeerfordernisse nach dem Versammlungsrecht.

AN DER UNIVERSITÄT

In einem Gastbeitrag in der Wochenzeitung Die Zeit Nr. 11/2017 bezieht der Rechtswissenschaftler Hans Michael Heinig⁵⁸ Stellung zu der zunehmenden Tendenz, Universitäten als religionsfreie Zonen zu behandeln. Er räumt mit dem Missverständnis auf, dass der Staat das Bekenntnis seiner Bürger nicht zu achten habe. In seinem Beitrag erläutert der Professor für Öffentliches Recht, Kirchen- und Staatskirchenrecht, dass der Staat im Gegensatz zu seinen Bürgern zur Neutralität verpflichtet ist. Weil aber die Bürger nach dem Grundgesetz ihrerseits religiös sein dürfen, werden sie in Bezug auf

54. BVerfGE 153, 1, 35; 32, 98, 108; EGMR Urteil vom 25.05.1993 – 14307/88 (Kokkinakis / Griechenland) – Rn. 33; Urteil vom 24.02.1998 – 23372/94 u. a. (Larissis u. a. / Griechenland) – Rn. 38.

55. BVerfGE 153, 1, 34; 24, 236, 245; 12, 1, 3 f.

56. EGMR Urteil vom 25.05.1993 – 14307/88 (Kokkinakis / Griechenland) – Rn. 31; Urteil vom 24.02.1998 – 23372/94 u. a. (Larissis u. a. / Griechenland) – Rn. 38.

57. BVerfGE 153, 1, 35; 32, 98, 108; EGMR Urteil vom 25.05.1993 – 14307/88 (Kokkinakis / Griechenland) – Rn. 33; Urteil vom 24.02.1998 – 23372/94 u. a. (Larissis u. a. / Griechenland) – Rn. 38.

58. Professor für Öffentliches Recht, Kirchen- und Staatskirchenrecht an der Georg-August-Universität Göttingen und Leiter des Kirchenrechtlichen Instituts der EKD.

ihre Einstellungen und Lebenspraktiken geschützt. Deshalb darf der Staat auch die Ausübung grundrechtlicher Freiheiten wie die Glaubensfreiheit fördern und unterstützen, ohne dass er deshalb gegen das Neutralitätsgebot verstößt. Heinig weist auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2015⁵⁹ hin, das sich mit dem Kopftuch-Verbot an öffentlichen bekenntnisoffenen Schulen in Nordrhein-Westfalen befasst. In diesem Urteil betont das Gericht, dass das Tragen des Kopftuchs als Ausdruck des Grundrechts auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit von Artikel 4 Absatz 1 und 2 Grundgesetz geschützt wird und dass eine bloße abstrakte Gefahr für den Schulfrieden oder die staatliche Neutralität in einer öffentlichen bekenntnisoffenen Gemeinschaftsschule nicht dazu ausreicht, die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit einzuschränken. Heinig überträgt dieses Urteil auf die deutschen Hochschulen und kommt zu dem Schluss, dass das an den Staat gerichtete Neutralitätsgebot keineswegs verbietet, religiöse oder weltanschauliche Belange der Studierenden zu berücksichtigen. Nur solche studentischen Aktivitäten, die die Funktionsfähigkeit der Hochschule beeinträchtigen, dürfen unterbunden werden.

Hieraus ergibt sich, dass es nicht rechtens ist, wenn an Universitäten christliche Aktivitäten, die auf die Funktionsfähigkeit der Hochschule keinerlei Auswirkungen haben, unterbunden werden. Vielmehr gilt nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, dass die dem Staat gebotene religiös-weltanschauliche Neutralität keine distanzierende Neutralität im Sinne einer strikten Trennung von Staat und Kirche ist. Das Neutralitätsgebot meint eine offene und übergreifende, die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen fördernde Haltung.⁶⁰ Deshalb gebietet Artikel 4 Absatz 1 und 2 Grundgesetz in positivem Sinn dem Staat, den Raum für aktive Betätigung der Glaubensüberzeugung und die Verwirklichung der

59. BVerfGE 138, 296.

60. BVerfGE 153, 1, 37; 19, 206, 216.

autonomen Persönlichkeit auf weltanschaulich-religiösem Gebiet zu sichern.⁶¹

Was ist also zu tun, wenn z. B. ein Raum für Gebet oder Andachten benötigt wird? Im Rahmen des üblichen Verwaltungsverfahrens muss zuerst ein Raum bei der zuständigen Stelle beantragt werden. Lehnt diese Stelle den Antrag ab, ist ein Widerspruch einzulegen. Wird dem Widerspruch nicht abgeholfen, kann Klage zum Verwaltungsgericht erhoben werden. In einigen Bundesländern ist das Widerspruchsverfahren weitestgehend abgeschafft worden, dann muss evtl. direkt Klage erhoben werden.⁶²

Die Beschreitung des Rechtsweges kann sich lohnen. So hat z.B. die Universität Regensburg über Jahre einer studentischen Pro-Life-Gruppe rechtswidrig die Akkreditierung als Hochschulgruppe verweigert. Erst durch die Einreichung einer Klage beim Verwaltungsgericht gab die Universität ihre rechtswidrige Position auf.⁶³

IN DER SCHULE

Grundsätzlich gelten auch in der Schule alle bisher vorgestellten Prinzipien. Jeder darf seine Glaubensfreiheit wahrnehmen, solange er andere nicht in der Ausübung ihrer Rechte einschränkt oder die Funktionsfähigkeit der Schule stört.

In den 1970er Jahren stellte sich die Frage der Zulässigkeit von Schulgebeten und damit religiösen Bezügen in öffentlichen

61. BVerfGE 153, 182, 286; 108, 282, 300.

62. So in NRW mit § 110 JustG NRW, in Niedersachsen nach § 80 NJG; in anderen Ländern wie Sachsen-Anhalt, Bayern, Hessen, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen ist das Widerspruchsverfahren teilweise abgeschafft oder begrenzt - oder der Bürger hat die Wahl, ob er erst Widerspruch einlegt oder direkt klagt. In der Regel ist dies in dem Ausgangsbescheid angegeben, jedenfalls wird eine genaue Prüfung im Einzelfall empfohlen.

63. <https://adfinternational.org/de/news/pro-life-gruppe-uni-regensburg-campus-zensur>

Gemeinschafts-(Pflicht-)Schulen. Das Bundesverfassungsgericht hat hierüber im Oktober 1979⁶⁴ entschieden. Es ist zu dem Ergebnis gekommen, dass Schulgebete verfassungsrechtlich unbedenklich sind. Das gelte auch dann, wenn ein Schüler oder dessen Eltern der Abhaltung des Gebets widersprechen. Es müsse nur gewährleistet sein, dass die Schüler frei und ohne Zwänge über die Teilnahme am Gebet entscheiden können.⁶⁵

Von dieser Sachlage sind die Fälle zu unterscheiden, in denen ein einzelner Schüler z. B. auf dem Schulflur beten möchte. Das Beten in der Öffentlichkeit ist von der Glaubensfreiheit geschützt, findet jedoch in der konkreten Wahrung des Schulfriedens seine Grenze.⁶⁶

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Schulgebet steht nicht im Widerspruch zu seiner bekannten Kruzifix-Entscheidung.⁶⁷ Hier ging es darum, ob das Aufhängen von Kreuzen in bayerischen Klassenzimmern mit dem Neutralitätsgebot des Staates vereinbar ist. Das Bundesverfassungsgericht entschied, dass dies nicht der Fall ist. Es erläuterte seine Entscheidung damit, dass zur Glaubensfreiheit auch die Freiheit gehöre, kultischen Handlungen eines nicht geteilten Glaubens fernzubleiben. Diese Freiheit beziehe sich auch auf die Symbole, in denen sich ein Glaube oder eine Religion darstelle. Daraus könne zwar niemand ein Recht darauf ableiten, von fremden Glaubensbekundungen, kultischen Handlungen und religiösen Symbolen generell verschont zu bleiben. Der Staat dürfe aber keine Lage schaffen, in der der Einzelne ohne Ausweichmöglichkeiten dem Einfluss eines bestimmten Glaubens und dessen Symbolen ausgesetzt ist.⁶⁸ Im Unterschied zum Schulgebet kann der Schüler

64. BVerfGE 52, 223.

65. BVerfGE 52, 223.

66. BVerwG Urteil vom 30.11.2011 – 6 C 20/10, NVwZ 2012, 162, 166; Di Fabio in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. 4 Rn. 162 f.

67. BVerfGE 93, 1.

68. BVerfGE 93, 1, 15 f.; 108, 282, 301 f.

dem Klassenraum gerade nicht fernbleiben, weshalb das Aufhängen des Kreuzes durch die staatliche Institution der (bekenntnisfreien) Pflichtschule unzulässig sei.

Dies dürfte nach wie vor auch für bayerische Klassenzimmer gelten. Nach § 28 der Allgemeinen Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO) ist im Eingangsbereich eines jeden Dienstgebäudes als Ausdruck der geschichtlichen und kulturellen Prägung Bayerns gut sichtbar ein Kreuz anzubringen. Die Klassenzimmer befinden sich jedoch im Dienstgebäude selbst. Daher ist der Verpflichtung zur Anbringung des Kreuzes Genüge getan, wenn nur eines, eben im Eingangsbereich, angebracht wird. Das Bundesverwaltungsgericht hat die Verfassungsmäßigkeit des Erlasses bestätigt.⁶⁹

Für Bekenntnisschulen wie z. B. freie evangelische Schulen oder Schulen katholischer Trägerschaft gelten dagegen andere Regeln.

Trägt ein Mitschüler ein Kreuz oder ein Kopftuch, dann ist das wiederum keine Identifizierung des Staats mit einer bestimmten Religion, sondern die geschützte Ausübung der eigenen Religion dieses Schülers.

DARF ICH AUCH DANN ÜBER DEN GLAUBEN SPRECHEN, WENN SICH JEMAND DADURCH ANGEGRIFFEN FÜHLT?

Das kann eindeutig bejaht werden. Wie schon weiter vorn dargestellt, können Sie Ihre Glaubens- und Bekenntnisfreiheit z.B. durch Glaubensgespräche, Straßenmission und Predigten in der Öffentlichkeit wahrnehmen,⁷⁰ ohne dass Sie dazu eine Erlaubnis benötigen. Sie brauchen auch keine Rücksicht darauf zu nehmen, ob sich

69. BVerwG Urt. v. 19.12.2023 - 10 C 5.22 -.

70. Vgl. Kapitel „Auf der Straße“.

jemand hierdurch angegriffen fühlt. Zwar steht demjenigen, der sich angegriffen fühlt, grundsätzlich die negative Glaubensfreiheit zur Seite, also die Freiheit, kultischen Handlungen eines nicht geteilten Glaubens fernzubleiben. Jedoch gewährleistet die negative Glaubensfreiheit kein Recht darauf, von der Konfrontation mit fremden Glaubensbekundungen, kultischen Handlungen und religiösen Symbolen verschont zu bleiben.⁷¹

Wenn auch die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit nicht dadurch eingeschränkt werden kann, dass sich jemand anderes angegriffen fühlt, bietet es sich dort, wo der Frohen Botschaft mit Feindseligkeit und Provokation begegnet wird, nicht immer an, das Gespräch oder die Predigt fortzusetzen. Überlegen Sie genau, ob es sinnvoll ist, mutig und unbeirrt weiterzusprechen.

Werden Sie auf offener Straße verbal oder physisch angegriffen, unter Druck gesetzt oder genötigt, können Sie entweder die Polizei rufen oder den Täter anzeigen. Ist es zu Verletzungen oder Sachbeschädigungen gekommen, können Sie den Täter zivilrechtlich auf Schmerzensgeld oder Schadensersatz in Anspruch nehmen. Weiter kommt aus zivilrechtlicher Sicht in Betracht, von dem Täter eine strafbewehrte Unterlassungserklärung einzufordern.

Begeistern wir andere Menschen für Jesus Christus, indem wir respektvoll mit ihnen umgehen! Unsere Worte und Taten sollen in jeder Situation dazu dienen, Gott zu ehren!

71. BVerfGE 138, 296, 336; 108, 282, 301 f.; 93, 1, 15 f.

WIE SOLLTE ICH IN DER ÖFFENTLICHKEIT SPRECHEN?

Die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit erlaubt es prinzipiell, seinen Glauben auf jede Art und Weise öffentlich zu äußern, solange diese insbesondere die verfassungsrechtlichen und strafrechtlichen Grenzen nicht überschreitet. In einzelnen Fällen können zivilrechtliche oder ordnungsrechtliche Regelungen entgegenstehen.⁷²

So ist es in aller Regel unproblematisch möglich, ein persönliches Zeugnis abzulegen. Wenn das Zeugnis nicht andere herabwürdigt und niemanden dazu zwingt, es anhören zu müssen, überschreitet diese Glaubensbekundung die rechtlichen Grenzen nicht. Niemand hat das Recht, von der Konfrontation mit fremden Glaubensbekundungen, kultischen und religiösen Symbolen verschont zu bleiben.⁷³

Einige Gedanken und Empfehlungen hierzu:

Wenn Worte Unfrieden stiften, ist in der Regel die Grenze des Zulässigen erreicht. Selbstverständlich darf man auch andere Weltanschauungen oder gar Religionen kritisieren. Verleumdungen, Beleidigungen oder gar Aufrufe zur Verletzung von Rechten Dritter sind hingegen unzulässig. Stellungnahmen zur sexuellen Orientierung, Sexualmoral und allgemein der Lebensweise anderer fallen, solange sie nicht beleidigend, herabwürdigend oder diskriminierend sind, sondern in angemessener Form vorgetragen werden, unter den Schutz der Meinungs- oder der Glaubensfreiheit.

Ein Christ respektiert die rechtliche Grenze der Nötigung, wenn sein Nächster nicht mit ihm sprechen bzw. ihm nicht zuhören möchte.

72. In den vorangegangenen Kapiteln wird hierzu ausführlich informiert.

73. BVerfGE 138, 296, 336; 108, 282, 301 f.; 93, 1, 15 f.

„Ein hitziger Mann erregt Zank, aber ein Langmütiger beschwichtigt den Rechtsstreit.“ (Sprüche 15, 18)⁷⁴

Verstöße gegen die öffentliche Ordnung, wie z. B. das Blockieren von Verkehrswegen, Fluchtwegen etc. oder Lärmbelästigungen sind kein Ausdruck des Glaubenszeugnisses.

GEBRAUCH VON SCHRIFTEN, PLAKATEN, SCHILDERN UND ÄHNLICHEM

In der Regel wird unter „Gemeingebrauch“ die Nutzung öffentlicher Wege, Straßen und Plätze für Verkehrszwecke verstanden. Andere Nutzungen, wie z. B. das Aufstellen von Plakatständern und das Verteilen von Broschüren, können als so genannte Sondernutzungen genehmigungsbedürftig sein. Der Gebrauch von Schriften, Plakaten, Schildern und ähnlichen Gegenständen auf öffentlichem Gelände kann den so genannten Gemeingebrauch der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze überschreiten, dies wird in den Straßen- und Wegegesetzen der Bundesländer geregelt. Bitte erkundigen Sie sich daher bei Ihrer lokalen Behörde, bevor Sie aktiv werden.

Das Aufhängen von Plakaten im öffentlichen Raum, z. B. mit Werbung für eine besondere Veranstaltung Ihrer Gemeinde, bedarf in der Regel ebenfalls der Genehmigung der lokalen Behörde.

Selbstverständlich darf das Material, das als Plakat oder Flyer dient, keine rechtswidrigen Inhalte (z. B. Aufrufe zu Hass und Gewalt, herabwürdigende Parolen, Beleidigungen, Verstöße gegen das Urheberrecht, usw.) enthalten. Holen Sie im Zweifel Rechtsrat ein.

74. Revidierte Elberfelder Bibel (Rev. 26) 1985/1991/2008.

MEINUNGSKUNDGABEN VOR ABTREIBUNGSKLINIKEN

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob die Rechtslage es erlaubt, vor Abtreibungskliniken seine Meinung über Abtreibungen zu äußern, zu beten, oder schwangeren Frauen auf ihrem Weg zur Konfliktberatung Hilfsangebote zu machen (sog. „Gehsteigberatung“). Hierbei sind die Grundrechte der Versammlungs-, Meinungs- und Glaubensfreiheit (Artikel 8, Artikel 4 Absatz 1 und 2 und Artikel 5 Absatz 1 S. 1 Grundgesetz sowie Artikel 11, 10 und 9 EMRK) auf der einen, und die grundrechtliche Gewährleistung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (Artikel 1 Absatz 1, 2 Absatz 1 Grundgesetz) und das Recht auf Achtung des Privatlebens (Artikel 8 Absatz 1 EMRK) auf der anderen Seite betroffen.

Die Zusammenschau der Rechtsprechung über die letzten Jahrzehnte zeigt, dass ein Ausgleich verschiedenen Rechte möglich ist: Grundsätzlich sind Versammlungen zur Meinungskundgabe, Gebetsmahnwachen, und auch sensible Gehsteigberatung vor Abtreibungskliniken oder Beratungsstellen rechtlich zulässig und vom Grundgesetz auch geschützt. Diese Freiheiten gelten aber nicht grenzenlos. Wer eine Beratungsstelle oder einen Arzt aufsucht, hat das Recht, dies frei von ungewollten Gesprächen, Einschüchterung oder gar physischen Hindernissen zu tun. Das entscheidende Kriterium ist dabei nicht, ob eine ggf. von der eigenen Auffassung abweichende Ansicht wahrnehmbar ist, sondern ob in unzulässiger Weise Druck ausgeübt oder eine nicht hinnehmbare Belastung entsteht. Kurz: Die eigene Meinung darf gezeigt werden, solange dabei die Privatsphäre und Entscheidungsfreiheit der Frauen gewahrt bleibt.

Lebensschutz ist nach geltender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ein zentrales Anliegen des Grundgesetzes. Auch das Bundesverwaltungsrecht hat zuletzt im Jahr 2023 ausdrücklich klargestellt: „Es gibt in einer pluralistischen Gesellschaft kein Recht

darauf, von der Konfrontation mit abweichenden religiösen Vorstellungen oder Meinungen gänzlich verschont zu bleiben. [...] Erst recht ausgeschlossen sind Verbote zu dem Zweck, bestimmte Meinungsäußerungen ihres Inhalts wegen zu unterbinden.“⁷⁵ Auch mehrere oberste Verwaltungsgerichte der Länder hatten zuvor so geurteilt.⁷⁶

Mit einer Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG) im November 2024 sind nun allerdings auch in Deutschland vor Abtreibungskliniken und Beratungsstellen räumliche Bereiche (Umkreis von 100 m) definiert worden, in denen bestimmte Verhaltensweisen ausdrücklich verboten werden. Derartige „Schutzzonen“ sind in der deutschen Rechtsordnung aus gutem Grund unüblich. Pauschale räumliche Demonstrations- und Äußerungsverbote waren bislang auf eng definierte „Bannmeilen“, z.B. um das Bundeskanzleramt, den Bundestag oder den Sitz einer Landesregierung beschränkt und betrafen nicht die Kundgabe bestimmter Inhalte, sondern dienten dem Schutz der Funktionsweise wichtiger Verfassungsorgane.

Die neuen Regelungen können demgegenüber als Beschränkungen der o.g. Grundrechte verstanden werden. Einige mehr oder weniger bestimmt bezeichnete Verhaltensweisen könnten nun mit bis zu 5000 Euro Bußgeld belegt werden. So ist es nach den neuen Vorschriften untersagt:

- „der Schwangeren das Betreten der Einrichtung durch das Bereiten eines Hindernisses absichtlich zu erschweren“
- „der Schwangeren durch Ansprechen wissentlich eine Meinung zu ihrer Entscheidung über die Fortsetzung der Schwangerschaft aufzudrängen“

75. BVerwG Beschl. v. 23.5.2023 - 6 B 33.22 -.

76. Vgl. u.a. VGH Mannheim Urt. v. 25.8.2022 - 1 S 3575/21 -.

- „die Schwangere zu bedrängen, einzuschüchtern oder auf andere vergleichbare Weise erheblich unter Druck zu setzen, um sie in ihrer Entscheidung über die Fortsetzung der Schwangerschaft zu beeinflussen“
- „der Schwangeren Inhalte [...] zu Schwangerschaft oder Schwangerschaftsabbruch zur unmittelbaren Wahrnehmung auszuhändigen, zu zeigen, zu Gehör zu bringen oder auf andere vergleichbare Weise zu übermitteln, wenn diese a) unwahre Tatsachenbehauptungen enthalten oder b) offensichtlich geeignet sind, bei einer Schwangeren eine erhebliche unmittelbare emotionale Reaktion wie insbesondere Furcht, Ekel, Scham oder ein Schuldgefühl auszulösen“⁷⁷

Auch wenn dieses Gesetz mit Fug und Recht kritisiert werden kann und darf, ist es dennoch gültig und damit für alle verbindlich. Gesetze können nur durch den Gesetzgeber geändert oder vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig und ggf. nichtig erklärt werden.

Bedauerlicherweise bringen diese Vorschriften aber keine Klarheit: Das beschriebene Verhalten wäre nach den oben dargestellten Grundsätzen auch bereits vor Inkrafttreten der Änderung unzulässig gewesen. Es entsteht der Eindruck, dass die Regelungen gezielt von Handlungen und Äußerungen abschrecken sollen, die auf den Schutz des menschlichen Lebens an bestimmten Orten zielen. Dem widersprechen Befürworter der neuen Regelung und behaupten ein aufgrund einer Vielzahl von „Belästigungen“ erhöhtes Schutzbedürfnis ratsuchender Frauen. Einen Beleg dafür bleiben sie allerdings schuldig.

Wie auch immer man diese politische Auseinandersetzung bewerten mag, bei genauerem Hinsehen schließt das nun geltende Recht gewiss nicht jede Versammlung, Meinungsäußerung oder religiöse

77. §§ 8 Absatz 2, 3, 13 Absatz 3,4, 35 Absatz 2, 4 SchKG.

Übung vor Beratungsstellen und Abtreibungskliniken aus. Im Gegenteil, der Nachweis der Verwirklichung der Bußgeldtatbestände dürfte die Behörden vor Ort vor einige Hürden stellen.

Somit eröffnet sich trotz der neuen Regelung ein Raum, in dem die grundrechtlich garantierten Rechte der Lebensschützer wahrgenommen werden können. Kreative Aktionen, die auf den rechtlich notwendigen Schutz des ungeborenen Lebens aufmerksam machen, ohne die Rechte Dritter zu verletzen, bleiben möglich. Erste Gerichtsentscheidungen, z.B. zugunsten friedlicher Gebetsversammlungen auch in geringerem Abstand, machen Hoffnung.⁷⁸

In Konfliktfällen empfiehlt sich, rechtzeitig eine juristische Beratung in Anspruch zu nehmen, so dass ein überlegtes Vorgehen abgesprochen und ggf. mit Behörden proaktiv kommuniziert werden kann. Besonnenheit, Sachlichkeit und Verständnis für die jeweils andere Position sind im Umgang mit Behörden und betroffenen Personen (z.B. Schwangeren oder Ärzten) stets geboten. Die eigenen Rechte muss man deshalb nicht aufgeben.

Etwaige Anmeldeerfordernisse (z.B. nach dem jew. geltenden Versammlungsgesetz) sind zu beachten.

Führt die Streichung des § 219a Strafgesetzbuch dazu, dass man sich öffentlich nicht mehr gegen Abtreibungen aussprechen darf? Nein, das ist nicht der Fall, eigene Meinungsäußerungen zu diesem Thema bleiben selbstverständlich möglich. Nach wie vor hat ein Arzt, der Abbrüche vornimmt, keinen Anspruch darauf, in der Öffentlichkeit so dargestellt zu werden, wie es ihm genehm ist, während das Persönlichkeitsrecht der betroffenen Frauen in bestimmten Konstellationen weiterhin die Meinungs- und Glaubensfreiheit begrenzen kann.

78. BayVGh, Beschluss vom 23. September 2025, Az. 10 C 25.1591, 10 CS 25.1672

WENN FALSCH ÜBER MICH BERICHTET WIRD

Jeder, über den in den Medien falsch berichtet wird, hat ein Recht auf Gegendarstellung. Dieses Recht resultiert aus Artikel 2 Absatz 1 in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz⁷⁹ und wird im Rundfunkstaatsvertrag und in den Pressegesetzen der Länder näher geregelt.

Die Ausübung des Gegendarstellungsrechts ist hoch formalisiert. Sie erfordert ein rasches und entschiedenes Handeln. Es empfiehlt sich auch im Hinblick auf die möglicherweise große Reichweite, die Hilfe eines spezialisierten Beraters in Anspruch zu nehmen.

Neben dem Recht auf Gegendarstellung können zivilrechtliche Ansprüche auf Unterlassung, Berichtigung oder Widerruf von Äußerungen und Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden. Außerdem kann derjenige, der falsch berichtet hat, je nach Sachlage mit strafrechtlichen Mitteln zur Verantwortung gezogen werden.

Bei falschen Berichten in Presse-Erzeugnissen kann daneben noch Beschwerde beim Deutschen Presserat erhoben werden. Näheres zur Online-Beschwerde und dem Pressekodex findet sich auf der Webseite des Deutschen Presserats.⁸⁰

Jeder der durch Berichterstattung in den Medien beleidigt wird, kann ebenfalls die skizzierten zivilrechtlichen Ansprüche geltend machen, strafrechtliche Maßnahmen ergreifen und sich, sofern die Beleidigung über ein Presseorgan erfolgt ist, beim Deutschen Presserat beschweren.

79. BVerfGE 97, 125, 146; 63, 131, 142.

80. www.presserat.de

WENN ICH WEGEN MEINES BEKENNTNISSES POLIZEILICH BELANGT WERDE

Polizeiliche Ermittlungen sind nur dann gestattet, wenn gegen die geltenden Gesetze verstoßen wurde. Hier kommen folgende Möglichkeiten in Frage:

Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

Die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird z. B. durch Missachtung der Straßen- und Wegegesetze⁸¹ oder von Ruhezeiten gestört. Je nach Schwere des Vorfalls können Ordnungs- oder Bußgelder verhängt werden.

Strafrechtliche Ermittlungen kommen z.B. in Betracht bei

- Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinen
- Störung der Religionsausübung
- Störung einer Bestattungsfeier
- Störung der Totenruhe
- Hausfriedensbruch
- Beleidigung
- Verleumdung
- Volksverhetzung
- Ordnungswidrigkeit nach dem Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen
- Ordnungswidrigkeit bei Verstoß gegen Zensurzone nach SchKG

81. Vgl. vorangegangenes Kapitel.

Sollten, aus welchen Gründen auch immer, polizeiliche Maßnahmen gegen Sie ergriffen worden sein, suchen Sie dringend Rechtsrat.

WAS IST BEI ANFEINDUNGEN, EINSCHÜCHTERUNG UND DROHENDER VERHAFTUNG ZU TUN?

Fakt ist, dass das Recht, öffentlich über das Evangelium von Jesus Christus zu sprechen, durch die deutsche Verfassung geschützt wird. Das muss aber andere nicht davon abhalten, Christen mit Ablehnung zu begegnen oder danach zu trachten, sie einzuschüchtern oder ihnen den Mund zu verbieten. Sollte gar die Polizei gerufen werden, hat diese die Pflicht, tätig zu werden. Beachten Sie, dass Ihr Verhalten in solchen Situationen ausschlaggebend ist.

WIE SOLLTE ICH MICH VERHALTEN, WENN ICH MERKE, DASS DIE POLIZEI GEGEN MICH TÄTIG WIRD?

Auch wenn man sich komplett rechtstreu verhält, kann es zu Kontakten mit der Polizei kommen. Selbst in diesem Fall schützt der Rechtsstaat die Freiheit des Einzelnen durch strenge Verfahrensregeln. Es ist hilfreich, sich die Rolle der Polizei vor Augen zu führen. Denn sie erfüllt im Rechtsstaat zwei sehr unterschiedliche Aufgaben:

Zum einen ist sie präventiv zur Abwehr von Gefahren tätig. Dies dient dem Schutz von Rechtsgütern, indem der Eintritt von Schäden möglichst verhindert wird. Es spricht nichts dagegen, die Polizei in diesem Aufgabengebiet zu unterstützen. Kooperationsgespräche z.B. vor Durchführungen angemeldeter Versammlungen sind ein Beispiel dafür.

Zum anderen wird die Polizei aber auch repressiv tätig, d.h. im Rahmen der Strafverfolgung. Sie ist z.B. nach einer Strafanzeige und bei entsprechendem Anfangsverdacht verpflichtet, Straftaten zu ermitteln und Täter zu verfolgen. Da bei Beginn der Ermittlungsarbeit das Ergebnis naturgemäß nicht feststehen kann, können auch gänzlich Unbeteiligte von der Polizei vernommen werden, und zwar entweder als Zeugen oder als Beschuldigte. Sollte die Polizei ermittelnd gegen Sie tätig werden, empfiehlt es sich einige Regeln zu beachten.

Wenn Sie als Beschuldigter befragt werden, müssen Sie über Ihre Rechte belehrt werden. Teil dieser Belehrung ist die Information, dass Sie keine Angaben zur Sache machen müssen. Von diesem Recht sollten Sie Gebrauch machen.

Haben Sie das Gefühl, dass die Polizei Maßnahmen der Strafverfolgung gegen Sie richten möchte, empfiehlt sich folgendes Vorgehen:

1. *Bleiben Sie ruhig, besonnen und freundlich. Lassen Sie sich weder von der Situation noch von den Polizeibeamten unter Druck setzen. Leisten Sie keinen körperlichen Widerstand.*
2. *Überlegen Sie, ob es klug ist unter den gegebenen Umständen weiterzumachen oder sich zur Entschärfung der Situation an einen anderen Ort zurückzuziehen.*
3. *Verweigern Sie die Aussage. In einer solch stressigen Situation können Sie die Rechtslage und die Einschätzung der Polizei kaum überblicken. Alles, was Sie in diesem Moment vielleicht sagen möchten, kann später ohne Nachteile genauso gesagt werden. Bestehen Sie darauf, mit einem Rechtsanwalt zu sprechen und stimmen Sie sich in Ruhe mit diesem ab, bevor Sie sich (wenn überhaupt) zur Sache äußern.*
4. *Niemand ist verpflichtet, an der eigenen Strafverfolgung mitzuwirken. Widersprechen Sie daher der Durchsuchung ihrer Wohnung, ihrer Person oder anderen Maßnahmen. Unterschreiben Sie keine Erklärungen!*

5. *Gehen Sie nicht freiwillig mit zum Polizeirevier! Die Polizei vermittelt mitunter den Eindruck, dass sie unbedingt mitkommen müssten. Dies ist in der Regel nicht der Fall. Die Anforderungen an eine Festnahme sind hoch. Fragen Sie nach! Bin ich verpflichtet mitzukommen? Bin ich festgenommen? Sind Sie dennoch auf dem Polizeirevier, verweigern Sie die Aussage und kontaktieren einen Rechtsanwalt.*
6. *Nehmen Sie so früh wie möglich Kontakt zu einem Rechtsanwalt auf. Machen Sie sich vorsorglich Gedanken, wen Sie kontaktieren könnten, und haben Sie Namen und Telefonnummer parat. Es gibt u.U. einen Strafverteidiger-Notdienst. Die Polizei muss Ihnen den Kontakt ermöglichen.*
7. *Tragen Sie eine Kopie eventueller Genehmigungen bei sich.*

DARF ICH BEI ANDEREN KLINGELN ODER SIE UNGEBETEN ANRUFEN?

Es steht uns frei, mit jedem über Jesus Christus und das Evangelium zu sprechen. Dabei gehört es als Glaubensbekenntnis zu unserer gesetzlich geschützten Glaubensfreiheit, z.B. bei Nachbarn zu klingeln und sie zu einer kirchlichen Veranstaltung oder zum Gottesdienst einzuladen. Die schon eingangs dargestellten Grundsätze⁸² gelten auch hier: Es ist von großer Wichtigkeit, wie wir vorgehen und wie wir auf unsere Gesprächspartner reagieren. Kommen wir mit unserem Nachbarn ins Gespräch, müssen wir sensibel sein. Wir dürfen ihn nicht bedrängen, insbesondere, wenn unser Angebot negative Resonanz erfährt.

82. Vgl. Kapitel Glaubensgespräche und Verkündigung des Evangeliums im privaten Umfeld.

Glaubens- gespräche & Verkündigung des Evangeliums online und in sozialen Medien



Einen erheblichen Teil ihrer Zeit verbringen die Menschen im Internet. Webseiten, Blogs, YouTube, Facebook, Instagram, X (Twitter) und TikTok (um nur einige zu nennen) sind Schlüsselmedien der Kommunikation geworden. Folglich können auch diese Kanäle für eine fruchtbare Evangelisation genutzt werden. Allerdings sind auch diese Medien keine rechtsfreien Räume, daher sind hier einige Punkte zu beachten.

AUF WEBSEITEN UND IN BLOGS

Das Grundrecht der Glaubensfreiheit umfasst auch das Verbreiten der christlichen Botschaft über Webseiten, Blogs, Vlogs und soziale Medien. Solange die Darstellung keine Gesetze verletzt, ist die Verbreitung von Texten, Sprachdateien, Videodateien, Bildern und anderen denkbaren Formen durch die Glaubensfreiheit gedeckt. Gesetzesverletzungen könnten z. B. die Folgenden sein:

- Volksverhetzung, § 130 StGB - öffentliche Verhetzung bestimmter Bevölkerungsteile, deren böswillige Beschimpfung oder Verächtlichmachung oder Aufstachelung zu Hass und Gewalt gegen diese Gruppen (beispielsweise gegen Gruppen, die nicht nach christlichen Grundsätzen leben)
- Beleidigung, Verleumdung und üble Nachrede
- Beschimpfung anderer Bekenntnisse
- Beschimpfung von Menschen, die den christlichen Glauben nicht teilen
- Verbreitung von Falschaussagen über andere
- Missachtung von Urheber- oder Datenschutzgesetzen

- böswillige Offenbarung des biologischen Geschlechts nach Änderung des Geschlechtseintrags, § 14 SBGG.

Bitte holen Sie im Zweifel Rechtsrat ein.

Zu den problemlosen Inhalten gehören Predigten oder andere Inhalte, auch wenn sie sich mit gegenkulturellen Aspekten des Evangeliums oder brisanten Stellen der Heiligen Schrift befassen. Es besteht kein öffentliches Interesse daran, gläubige Christen, die ihren Glauben und ihre Ansichten teilen oder diskutieren, zu zensieren. Trotzdem kann es vorkommen, dass Sie sich mit Einzelnen oder Gruppen konfrontiert sehen, die dem Evangelium und bestimmten biblischen Standpunkten negativ gegenüberstehen. Überlegen Sie sorgfältig, wie Sie damit umgehen. Haben Sie keine Angst, und lassen Sie sich nicht einschüchtern! Das gilt auch dann, wenn kontroverse christliche Themen veröffentlicht werden.

Nach Inkrafttreten des Digital Services Act (DSA) der EU kann es vorkommen, dass Plattformen bestimmte Inhalte von sich aus löschen. Der DSA ist eine EU-Verordnung, die direkt in allen EU-Mitgliedsstaaten gilt und in der deutschen Fassung als Digitale-Dienste-Gesetz (DDG) bezeichnet wird. Plattformen werden darin angehalten, „illegale Inhalte“, Desinformation und Hassrede zu löschen. Christliche Äußerungen, die als kontrovers empfunden werden (z. B. zu Themen wie Abtreibung oder Sexualmoral), könnten daher allein aufgrund einer subjektiven Betroffenheit des Empfängers oder einer entsprechenden Voreinstellung des bewertenden Algorithmus in die Kritik geraten, auch wenn sie objektiv nicht rechtsverletzend sind. In einem solchen Fall empfiehlt sich die Einholung von Rechtsrat, um eine überschießende Zensur christlicher Inhalte zu verhindern.

Christen haben das Recht, jederzeit ihren Glauben zum Ausdruck zu bringen und Ansichten kundzutun. In einer Welt mit abnehmender christlicher Bildung können wir nicht davon ausgehen, dass jeder, der die in das Internet hochgeladenen Materialien liest, sie so

verstehen wird, wie ein Christ. Hieraus folgt, dass die biblischen Ansätze ausführlicher erklärt werden müssen.

In der Vergangenheit wurden Diskurse zu Glaubenthemen vor allem in Büchern, Zeitschriften oder Zeitungen geführt. Mittlerweile werden viele kritische Anfragen an den Glauben über Webseiten und Blogs verbreitet. Dabei werden mitunter falsche Behauptungen aufgestellt. Gerade deshalb ist es sehr wichtig, dass Kirchen und Christen, die sich in dieser Online-Welt engagieren, das wahrhaftig und differenziert tun. Als Christ sollte man sich nicht in unbeherrschte Wortgefechte verwickeln lassen. Bei Online-Diskussionen wird häufig schnell und aggressiv reagiert, oft mit persönlichen Beleidigungen und Beschimpfungen, Tatsachen werden verdreht sowie jeder Grundlage entbehrende Anschuldigungen formuliert. Christen sind aufgefordert, sich hier nicht hineinziehen zu lassen. Jeder, der Materialien online stellt, die sich auf der Ebene persönlicher Beleidigungen oder unbegründeter Anschuldigungen bewegen, läuft das Risiko, wegen Gesetzesübertretungen, wie z. B. Verleumdung oder Beleidigung, zivilrechtlich belangt oder strafrechtlich verfolgt zu werden.

Die Gesetze zum Datenschutz und die Vorschriften des Urheberrechts sind zu beachten. Darum kann es gegebenenfalls erforderlich sein, bei Personen, die in Audio-, Video- und Bildmaterialien als Mitglieder oder Besucher der Kirche oder Gemeinde klar erkennbar sind, vor der Veröffentlichung des Materials deren Einwilligung einzuholen. Auch sind die Vorschriften des Urheberrechts zu beachten. Aber auch, wenn – z.B. bei online-Übertragung von Gottesdiensten – lediglich eine Personenmehrheit gezeigt wird, können einzelne Personen identifizierbar sein. Jeder hat das Recht am eigenen Bild und sollte selbst entscheiden dürfen wo er veröffentlicht wird. Auch innerhalb der Gemeinde sollte daher über Veröffentlichungen im Vorfeld informiert werden.

Ordnet euch aller menschlichen Einrichtung unter um des Herrn willen; sei es dem König als Oberherrn. (1. Petrus 2, 13)⁸³

Das Grundrecht der Glaubensfreiheit umfasst auch das Verbreiten der christlichen Botschaft über Webseiten, Blogs, Vlogs und soziale Medien. Das gilt auch dann, wenn kontroverse christliche Themen veröffentlicht werden.

WAS DARF ICH IN SOZIALEN MEDIEN VERBREITEN?

Soziale Medien sind genau wie Webseiten und Blogs eine gute Plattform für die Verbreitung des Evangeliums. Das Glaubensbekenntnis wird auch dann von dem Grundrecht der Glaubensfreiheit geschützt, wenn es in sozialen Medien bezeugt wird. Für die Inhalte, die zur Verbreitung kommen, sind dieselben Regeln zu beachten, die bereits im vorangegangenen Kapitel zu Webseiten und Blogs dargestellt wurden.

Aussagen über den Glauben oder seine Grundlagen dürfen daher selbstverständlich geteilt werden. Dies gilt auch dann, wenn es um Themen geht, die in der Gesellschaft kontrovers diskutiert werden. Es ist jedoch zu beachten, dass Glaubensaussagen und selbst das biblische Zeugnis in einer freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft keine Gültigkeit für Dritte beanspruchen können. Dies gilt auch dann, wenn Christen überzeugt sind, dass es sich bei einer Aussage um Gottes Wort handelt. Dennoch können biblische Aussagen mit Absolutheitsanspruch, wie z.B. Joh. 14,6 („Ich bin der Weg, die Wahrheit und das Leben; niemand kommt zum Vater denn durch mich.“), durchaus geteilt werden. Auch das Werben für die Richtigkeit des eigenen Glaubens ist selbstverständlich zulässig. Aber es sollte eben

83. Revidierte Elberfelder Bibel (Rev. 26) 1985/1991/2008.

ein Werben sein, kein Vorwurf oder gar eine Verurteilung, unter dem Deckmantel der Religion. Aussagen wie z.B. „Ich glaube, dass...“ oder „In der Bibel lesen wir dazu, dass...“ sind rechtlich unproblematisch. Eine Aussage wie z.B. „Jeder Mensch muss glauben, dass...“, vielleicht sogar mit der Ankündigung des „göttlichen Gerichts“, würde vermutlich ohne nähere Erklärung schnell missverstanden, selbst wenn sie sich im Rahmen christlicher Theologie rechtfertigen ließe. Es lohnt sich, sich bewusst zu machen, dass Kommunikation über soziale Medien immer Außenkommunikation ist. Jede Kommunikation tut gut daran, ihre Zielgruppe im Blick zu behalten. Aufrufe zu Hass oder Gewalt verbieten sich von selbst, ebenso Beschimpfungen oder Herabwürdigungen.

Die persönliche Ehre und das allgemeine Persönlichkeitsrecht sind ebenfalls Rechtsgüter mit Verfassungsrang, die mit der Religionsfreiheit abgewogen werden können. Daher erlaubt es auch die Religionsfreiheit nicht, in Predigten oder Publikationen Unwahrheiten oder Beleidigungen über andere Personen zu verbreiten.⁸⁴

Arbeitgeber dürften sich für die Online-Kommentare ihrer Mitarbeiter interessieren, sollten diese geschäftsschädigend sein oder Kollegen verärgern. Solche Posts können arbeitsrechtliche und/oder strafrechtliche Folgen haben und dürften bei den Gerichten auf wenig Verständnis stoßen.

Denken Sie also bei der Nutzung sozialer Medien immer daran, dass grundsätzlich jeder Mensch an jedem Ort der Welt alles das lesen kann, was Sie in die sozialen Netzwerke posten. Posten Sie nichts, was Sie anderen nicht auch ins Gesicht sagen würden.

84. BVerwG, Beschluss vom 08.08.2011 – 7 B 41/11, NVwZ 2011, 1278.



Glaubens- gespräche & Verkündigung des Evangeliums über Werbung und Anzeigen

DÜRFEN CHRISTEN WERBEN?

Es gibt viele Möglichkeiten, für das Evangelium zu werben: Plakate in Stadtzentren, Schaukästen vor Kirchen oder sogar Busse und Bahnen können als Werbeträger für das Bekanntmachen von Gottesdiensten, Missionsveranstaltungen, Bibelversen oder christlichen Botschaften genutzt werden. Das Spektrum der Möglichkeiten reicht darüber hinaus von Anzeigen im Internet bis hin zu Flyern, die auf der Straße an Menschen verteilt werden, um sie zu Gottesdiensten oder anderen Gemeindeveranstaltungen einzuladen. Das Verteilen solcher Flyer kann eine gute Gelegenheit sein, Zeugnis von Jesus Christus zu geben.

Für die Inhalte gilt alles das, was bereits in den vorangegangenen Kapiteln dargestellt wurde. Es dürfen mit der Darstellung und Wortwahl keine Gesetze übertreten werden. Die Inhalte dürfen demnach insbesondere nicht diskriminieren oder folgende Kriterien erfüllen:

- Aufrufe zu Hass und Gewalt, herabwürdigende Parolen und Symbole
- Beleidigung, Verleumdung, üble Nachrede
- Beschimpfung anderer Bekenntnisse
- Beschimpfung von Menschen, die den christlichen Glauben nicht teilen
- Verurteilen von Menschen, die nicht nach christlichen Grundsätzen leben
- Missachtung des Persönlichkeitsrechts anderer
- Missachtung von Urheberrechten
- sog. „Konversionsbehandlungen“ bewerben

Werden diese Grundsätze beachtet, steht die Werbemaßnahme unter dem Schutz entweder der Meinungsfreiheit oder der Glaubensfreiheit. Bitte suchen Sie im Zweifel Rechtsrat.

WERBUNG IN TV UND RADIO

Der Rundfunkstaatsvertrag regelt in § 7 Absatz 9 Satz 1, dass Werbung politischer, weltanschaulicher oder religiöser Art unzulässig ist. Das gilt nach Satz 2 der Regelung auch dann, wenn die Werbung in Form von Teleshopping erfolgt. Diese Regelung soll verhindern, dass Religion wie eine Ware angepriesen und damit letztlich kommerzialisiert wird.

Satz 3 der Vorschrift stellt aber klar, dass im Gegensatz dazu Spendenaufrufe zu Wohlfahrtszwecken nicht als Werbung gelten. Damit bleiben Spendenaufrufe unter Einhaltung der gesetzten Rahmenbedingungen im Interesse der Öffentlichkeit möglich.

Eine Berichterstattung über Glaubensinhalte oder religiöse Veranstaltungen und sogar unmittelbar „religiöse Sendungen“ sind damit selbstverständlich nicht ausgeschlossen. Auch Sendungen in Verantwortung von Religionsgemeinschaften bleiben möglich. § 42 des Rundfunkstaatsvertrags sieht vor, dass den Evangelischen Kirchen, der Katholischen Kirche und den Jüdischen Gemeinden auf Wunsch von den öffentlich rechtlichen sowie bundesweit verbreiteten privaten Sendern angemessene Sendezeiten zur Übertragung religiöser Sendungen einzuräumen sind.

WAS IST MIT HEILUNGSGEBETEN UND HEILUNGSBEZOGENER WERBUNG?

Christen müssen in der Regel wenig Zeit darauf verwenden, zu überlegen, ob die Inhalte ihrer Werbematerialien mit dem Gesetz in Konflikt geraten können. Vorsicht ist allerdings geboten, wenn es um Anzeigen geht, mit denen Heilungsgebete angeboten werden. Das gleiche gilt für bloße Hinweise auf Heilungsgebete z. B. in Gemeindebriefen. Die Adressaten könnten dies falsch verstehen und damit aufhören, zusätzlich oder überhaupt ihren Arzt zu konsultieren. Nur medizinisches Fachpersonal sollte die medizinische Verantwortung für ein gesundheitliches Problem übernehmen. Aus diesem Grund ist es essenziell, dass im Rahmen solcher Angebote deutlich darauf hingewiesen wird, dass das Heilungsgebet im geistlichen, nicht im medizinischen Bereich ansetzt. Es ist als Begleitmaßnahme zur medizinischen Behandlung durch einen Arzt gedacht, die die Konsultation eines Arztes weder ersetzen kann, noch von ihr abraten soll. Vielmehr sollte die Konsultation eines Arztes dringend empfohlen werden. Dies sollten Sie sich auch zu Beginn von demjenigen, der das Gebetsangebot wahrnimmt, unterschreiben lassen.⁸⁵ Anderenfalls könnte es sein, dass Sie sich auf sehr dünnes Eis begeben. Wenn Sie entsprechende Dienste in Ihrer Gemeinde anbieten, holen Sie dringend Rechtsrat ein. Es ist über das soeben Gesagte hinaus sicherzustellen, dass die Gebetsdienste keine rechtliche Verbindlichkeit erzeugen, um eventuelle Schadensersatzforderungen oder strafrechtliche Verfolgung wegen unterlassener Hilfeleistung zu vermeiden. Angehörige von Medizinberufen sollten sich in diesem Zusammenhang besonders sorgfältig über ihre Berufspflichten informieren und abwägen, ob und inwieweit für sie eine Beteiligung an Heilungsgebeten im engeren Sinne möglich bzw. ratsam ist. Dies betrifft weniger

85. Dazu müsste ein Aufklärungstext zur Unterschrift vorgelegt werden, der von einem Juristen formuliert werden muss.

die Frage, ob Vertreter des Gesundheitswesens in ihrer persönlichen Glaubensäußerung geschützt werden was zweifellos der Fall ist. Es ist vielmehr das Ansehen, das medizinische Berufe in der Öffentlichkeit genießen, zu berücksichtigen: Äußerungen und Handlungen der in diesen Berufen Tätigen genießen in der öffentlichen Wahrnehmung besonderes Gewicht. Letztlich geht es also um den richtigen Umgang mit Macht und Einfluss, der bereits eingangs thematisiert wurde. Das dort Gesagte gilt hier entsprechend.

Das Thema Heilungsgebet kann auch strafrechtlich relevant werden, namentlich dann, wenn notwendige medizinische Hilfe nicht gewährt wird. Eine Verfolgung wegen unterlassener Hilfeleistung endet nur in einem sehr engen Rahmen ohne Strafe. Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahr 1971 über einen Fall entschieden, in dem die Ehefrau eines gläubigen Ehepaars Bluttransfusionen und die Verbringung in ein Krankenhaus übereinstimmend mit ihrem Ehegatten verweigerte. Stattdessen ließ sie einen der Gemeindeältesten rufen, damit dieser mit ihr und ihrem Mann um Heilung bete. Kurz darauf verstarb die Frau.⁸⁶ Der Ehegatte wurde wegen unterlassener Hilfeleistung strafrechtlich belangt – zu Unrecht. Sein Handeln war aufgrund der Glaubensfreiheit seiner Frau und seiner eigenen Glaubensfreiheit nicht strafwürdig.⁸⁷ Dieser Sachverhalt weist einen ganz anderen Charakter auf, als Angebote, die nach außen gemacht werden. An Letztere werden andere Maßstäbe angelegt.

Wenn wir klar machen, dass wir daran glauben, dass unser Gott die Kraft zur Heilung hat, ist dies viel weniger kritikanfällig als die (ohne Glaubenszusammenhang aufgestellte) These, dass bei einer bestimmten Veranstaltung Heilung stattfinden wird. Jeder Hinweis, mit dem Menschen zum Heilungsgebet eingeladen werden, sollte sorgfältig und angemessen formuliert sein. Eine solche Formulierung könnte z. B. sein: „Wir glauben an den lebendigen Gott mit der Kraft zur Heilung.“ oder: „Wir glauben, dass Gott Dich liebt und Dich

86. BVerfGE 32, 98.

87. BVerfGE 32, 98, 108 ff.

heilen kann.“ oder „Wir glauben, dass Gott Dich heilen und Dir inneren Frieden geben kann.“

Machen Sie in Bezug auf Heilung keinerlei Versprechungen und holen Sie im Zweifel Rechtsrat ein.

VERBOT SOGENANTER „KONVERSIONSBEHANDLUNGEN“

Seit dem 24.06.2020 verbietet das „Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen“ („KonvBehSchG“) „Behandlungen“ an Minderjährigen, und auch an Volljährigen, deren Einwilligung auf einem Willensmangel beruht, „die auf die Veränderungen oder Unterdrückung der sexuellen Orientierung oder der selbstempfundenen geschlechtlichen Identität gerichtet sind“. Ebenfalls verboten sind Werbung für sowie Anbieten und Vermitteln von solchen „Behandlungen“.

Das Gesetz vermischt zwei sehr unterschiedliche Sachverhalte: Zum einen werden Behandlungen an Minderjährigen verboten, die auf „Veränderung oder Unterdrückung der sexuellen Orientierung“ gerichtet sind. Dabei geht es um die Frage, zu welchem Geschlecht sich eine Person sexuell hingezogen fühlt (Hetero- oder Homosexualität). Zum anderen wird die Nicht-Affirmation der selbst empfundenen „Geschlechtsidentität“ verboten.

Beiden Themen ist lediglich gemeinsam, dass sie die höchstpersönliche Sphäre von Menschen betreffen, die besonderen rechtlichen Schutz genießt. Darüber hinaus ist vieles unklar. Ungeachtet des Titels „Gesetz zum Schutz vor Konversionsbehandlungen“ sind affirmative Behandlungen im Hinblick auf die selbst empfundene Geschlechtsidentität vom Verbot ausdrücklich ausgenommen – eine der vielen Ungereimtheiten, die Fragen aufwerfen.

Natürlich müssen Christen hierzu nicht schweigen. Dabei sollte es allerdings nie darum gehen, Menschen zu verurteilen, sondern darum, für eine Identität in Christus zu werben. Das judeo-christliche Menschenbild basiert auf dem positiven Gedanken, dass Menschen als körperliche Wesen in Gottes Ebenbild als Männer und Frauen geschaffen sind. Nach dem Zeugnis der Bibel stellt Gott sich zum Menschen und „sah, dass es gut war“. Der Glaube an diese kraftvolle und von vielen Menschen als lebensbejahend und positiv verstandene Aussage, gerade auch in Zeiten eigenen, tiefen Zweifels, ist grundrechtlich geschützt und muss nicht verleugnet werden. Zugleich sollten Christen auch zweifelnden Menschen in jeder Lage offen und zugewandt begegnen. Dabei bleibt es möglich, eine eigene Überzeugung zu äußern.

Es ist selbstverständlich erlaubt, andere Weltanschauungen zu kritisieren, das biblische Menschenbild zu erläutern oder für eine christliche Sicht zu werben. Dies ist auch im Umgang mit denen zulässig, die andere Sichtweisen haben. Die Meinungsfreiheit garantiert gerade keinen absoluten Schutz vor anderen Meinungen, sondern dient der Förderung des Diskurses, gerade auch über schwierige Themen. Keineswegs sollte das Recht auf Meinungsfreiheit als Freibrief verstanden werden, die Regeln des Anstands und der Nächstenliebe zu missachten. In den allermeisten Situationen wird deren Einhaltung auch vor Konflikten mit dem Gesetz schützen.

Zu beachten ist, dass das Gesetz das Werben für sog. „Konversionsbehandlungen“ generell, und deren Durchführung an Personen unter 18 Jahren verbietet. Damit sind laut § 1 Absatz 1 KonvBehSchG gemeint, „alle am Menschen durchgeführten Behandlungen, die auf die Veränderung oder Unterdrückung der sexuellen Orientierung oder der selbstempfundenen geschlechtlichen Identität gerichtet sind.“

Das Gesetz und seine Begrifflichkeiten sind bedauerlicherweise inkonsistent und vage, und laden zu einer ausufernden Auslegung ein. Noch gibt es keine konkretisierende Rechtsprechung dazu. Ob eine

Konversionstherapie vorliegt, bestimmt sich nach den gesamten Umständen des Einzelfalls. Der Tatbestand wäre erfüllt, wenn zielgerichtet auf eine Person zur Veränderung ihrer geschlechtlichen Identität eingewirkt würde.

Nicht unter das Gesetz fällt folglich z.B. ein Fachvortrag allgemeiner Art (also z.B. theologisch, medizinisch, sozialwissenschaftlich usw.) über sexuelle Orientierung, Geschlecht und Geschlechtsidentität, wenn damit nicht die Identität eines konkreten Menschen gezielt verändert werden soll. Diskussionen im Zusammenhang mit einem solchen Vortrag sollten daher mit Blick auf den Inhalt geführt werden, ohne dass Aussagen und Haltungen zu konkreten Menschen vermittelt werden.

Das Gebet für eine betroffene Person stellt regelmäßig keine Konversionsbehandlung dar. Der Beter wirkt nicht direkt, sondern vertraut sein Anliegen Gott an. Gottes Handeln ist souverän. Rechtlich können Gebete daher nicht kausal für einen Außenwelterfolg sein. Wichtig ist aber auch hier, dass das Gebet aufrichtig ist und keine manipulative Absicht dahintersteht.

Kommen junge Menschen wegen eines krisenhaften Empfindens ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Geschlechtsidentität in die Seelsorge, dann darf dort immer allgemein über die jeweiligen Themen gesprochen werden. Eine biblische Sicht auf das Thema darf selbstverständlich vermittelt werden. Die Gespräche müssen aber ergebnisoffen angelegt sein, (siehe Handreichung der EAD zum KonvBehSchG). Jeder Seelsorger sollte sich über die Abgrenzung zur Psychotherapie im Klaren sein.

Ferner ist es erlaubt, einer volljährigen Person, die freiwillig um Hilfe bittet, in geeigneter Weise und im Rahmen der eigenen Kompetenz Hilfe zu leisten. Dabei kommt es auf die Freiwilligkeit des Entschlusses an. Manipulationen müssen ausgeschlossen sein, Mängel der Willensbildung können zur Strafbarkeit führen.

Um Konflikte mit dem KonvBehSchG zu vermeiden, sollten folgende Regeln beachtet werden:

1. *Respekt vor dem individuellen Empfinden einer Person*
2. *Erwerb von Wissen und Sprachfähigkeit, sensibler Umgang mit höchstpersönlichen Themen, auch in der Sprache*
3. *Beachtung der Grenzen von Gebet und Seelsorge*
4. *Freiwilligkeit der Teilnahme und Ankündigung des Themas (Transparenz)*
5. *Berücksichtigung ethischer Werte, wie Liebe, Barmherzigkeit, Ergebnisoffenheit; etc.*

Kein Gesetz kann jedoch zur Übernahme einer anderen Weltanschauung unter Verleugnung des eigenen Glaubens verpflichtet. Hiervor schützt bereits die individuelle Glaubensfreiheit, die freilich jedem Menschen zugutekommt.

EINSCHRÄNKUNGEN DURCH DAS SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ VON 2024

Ein Novum stellt in diesem Bereich das zum 1. November 2024 in Kraft getretene Selbstbestimmungsgesetz (SBGG) dar. Es ermöglicht die Änderung des Geschlechtseintrags und des Vornamens beim Standesamt, und zwar allein auf der Basis einer Erklärung des Antragstellers, dass seine Geschlechtsidentität vom Geschlechtseintrag im Personenstandsregister abweicht. Durch § 14 SBGG wird das Offenbaren des zuvor im Personenstandsregister eingetragenen Geschlechts der Person als Ordnungswidrigkeit mit Geldbuße bedroht. Wichtig ist dabei zu beachten, dass nur offenbart werden kann, was den Empfängern unbekannt ist. Ferner ist eine Schädigungsabsicht erforderlich. Hierunter kann auch fallen, wenn eine

Person, die ihren Vornamen hat ändern lassen, weiterhin mit ihrem alten Vornamen angesprochen wird, sodass dadurch das zuvor registrierte Geschlecht offenbart wird. Dies ist in Onlinemedien besonders relevant, da die Information hier mit einer unbestimmbaren Anzahl an Menschen geteilt wird. Es ist allerdings nicht erforderlich bereits vor Geschlechtseintragsänderung geschriebene Artikel oder Posts zu löschen.

Dass amtliche Registereinträge und damit auch Rechtswirkungen gegenüber Dritten auf einer einseitigen Erklärung des Antragsstellers beruhen, noch dazu, wenn sie ausschließlich auf intersubjektiv nicht notwendigerweise wahrnehmbaren, geschweige denn überprüfbaren Empfindungen basieren, stellt nicht nur in der deutschen Rechtsordnung eine absolute Ausnahme dar. Zwar kennen Rechtsordnungen in bestimmten Fällen einseitige Gestaltungsrechte, z.B. die Anfechtung eines Vertrages wegen eines rechtlich relevanten Irrtums, oder die Kündigung eines Mietvertrages. Jedoch handelt es sich dabei regelmäßig um zivilrechtliche Sonderfälle. Die Erklärung zur Geschlechtsänderung aufgrund subjektivem Identitätsempfinden ist davon strukturell verschieden: Sie bewirkt unmittelbar die Änderung eines öffentlich-rechtlichen Registereintrags, eine Prüfung der Erklärung hinsichtlich ihres tatsächlichen Gehalts findet nicht statt, der Erklärung wird ein verfassungsrechtlich geschützter Gehalt (Identitätsbegriff) beigemessen. Solche Erklärungen sind ein vergleichsweise junges Phänomen.

Die Bedeutung einer subjektiven Geschlechtsidentität ist derzeit wissenschaftlich ebenso umstritten, wie die Verfassungsmäßigkeit der seit Ende 2024 geltenden Regelung in Deutschland. Gleichwohl handelt es sich um anwendbares Recht, der einzelne Rechtsanwender kann sich der Geltung nicht entziehen. Es bleibt abzuwarten, wie Gerichte etwaige Konfliktfälle behandeln werden. (Siehe hierzu auch die Broschüre „Selbstbestimmungsgesetz – Eine Handreichung für christliche Gemeinden“ der Evangelischen Allianz Deutschland.)

Danke

Diese Handreichung ist das Ergebnis einer fruchtbaren Zusammenarbeit von Christ und Jurist e.V., der Evangelischen Allianz in Deutschland und ADF International.

Mitglieder von Christ und Jurist haben die juristische Expertise eingebracht, die Rechtslage recherchiert, für die Erstauflage 2019 aufgeschrieben sowie 2022 und 2025 aktualisiert. Vertreter der Evangelischen Allianz haben die Alltagstauglichkeit des Textes durch ihr sorgfältiges Lektorat und wertvolle Hinweise erheblich erhöht und die Handreichung zur Publikation in die Schriftenreihe aufgenommen, in der sie nun erneut erscheinen darf.

Juristen von ADF International haben das Projekt insgesamt sowie die jeweils aktualisierten Neuauflagen koordiniert.

Dank sei insbesondere der britischen Evangelical Alliance und Lawyers' Christian Fellowship sowie dem Conseil National des Evangéliques de France (CNEF), die mit „Speak up!“ bzw. „Libre de le dire“ schon früher vergleichbare Schriften vorgelegt und das Entstehen dieser Handreichung durch ihr Vorbild sowie mit Rat und Tat entscheidend gefördert haben.

Herrn Prof. Dr. Dr. Schirmacher sei Dank für das einführende Vorwort zur 1. Auflage und hilfreiche inhaltliche Impulse.

Es ist unsere Hoffnung, dass dieses Heft zu einem aktiven Glauben ermutigt. Für Anregungen oder Hinweise ist das Redaktionskollegium unter der Anschrift der Evangelischen Allianz in Deutschland erreichbar.

Glossar

AGG Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, das dazu dient, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.

ArbZG Arbeitszeitgesetz, regelt die Möglichkeiten der Arbeitszeitgestaltung.

BAG Bundesarbeitsgericht, höchste Instanz der Arbeitsgerichtsbarkeit.

BeckRS Beck Rechtsprechung

BGB Bürgerliches Gesetzbuch, regelt die Rechtsbeziehungen zwischen Privatpersonen in Deutschland.

Blog Webseite, die tagebuchartig geführt wird und regelmäßig um neue Inhalte zu einem bestimmten Thema ergänzt wird.

BVerfG Bundesverfassungsgericht, wacht über die Einhaltung des Grundgesetzes.

BVerfGE Entscheidungen der amtlichen Sammlung, autorisierte Sammlung der wichtigen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.

BVerwG Bundesverwaltungsgericht, höchste Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Direkte Diskriminierung Nach § 3 Absatz 1 AGG eine unmittelbare Benachteiligung, die vorliegt, wenn eine Person wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes weniger günstig behandelt wird, als eine andere Person in vergleichbarer Situation behandelt wird, wurde oder werden würde.

EGMR Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, von den Mitgliedstaaten des Europarats in Straßburg errichtet, zuständig für Auslegung und Anwendung der EMRK (Artikel 32 Absatz 1 EMRK), prüft Akte der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung der Vertragsstaaten auf Verletzung der EMRK (Artikel 33 und 34 EMRK).

EMRK Die Europäische Menschenrechtskonvention ist das gemeinsame Übereinkommen europäischer Staaten zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 04.11.1950, das alle die Staaten bindet, die die EMRK ratifiziert haben.

EuGH Europäischer Gerichtshof, mit Sitz in Luxemburg, ist das oberste rechtsprechende Organ der Europäischen Union.

GG Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist als Verfassung das Gesetz der höchsten Ebene, dessen Anforderungen alle durch den Gesetzgeber erlassenen Gesetze genügen müssen. Es regelt die Grundrechte der deutschen Bürger, die staatliche Organisation, die Legislative, Exekutive und Judikative sowie staatliche Befugnisse.

Grundrecht Recht, das die Verfassung (das Grundgesetz) den Bürgern gegenüber dem Staat gewährt.

GRCh Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die seit dem 01.12.2009 in Kraft ist, gilt für die Organe Einrichtungen und sonstigen Stellen der Union unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips und für die Mitgliedstaaten ausschließlich bei der Durchführung des Rechts der Union, Artikel 51 Absatz 1 Satz 1 GRCh.

Indirekte Diskriminierung Nach § 3 Absatz 2 AGG eine mittelbare Benachteiligung, die vorliegt, wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen wegen eines in § 1 AGG genannten Grundes gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können, es sei denn, die betreffenden Vorschriften, Kriterien oder Verfahren sind durch ein rechtmäßiges Ziel sachlich gerechtfertigt und die Mittel zur Erreichung dieses Ziels angemessen und erforderlich.

LAG Landesarbeitsgericht, höchste Instanz der Arbeitsgerichtsbarkeit eines Bundeslandes, im Instanzenzug folgt dann das Bundesarbeitsgericht.

Nebenstrafrecht Strafrechtliche Regelungen, die sich nicht im Strafgesetzbuch finden, sondern in anderen Gesetzen (z. B. Betäubungsmittelgesetz) geregelt sind.

NVwZ Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht.

NJW Neue juristische Wochenschrift.

NZA Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht.

NZA-RR Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht Rechtsprechungsreport.

Ordnungsrecht Hierzu gehören alle Gesetze, die die Maßnahmen regeln, die Behörden ergreifen können. Zum Ordnungsrecht gehören z. B. das Gaststättengesetz, die Gewerbeordnung, die Straßenverkehrsordnung, Straßen- und Wegegesetze, das Polizeirecht und viele andere Gesetze.

OWiG Ordnungswidrigkeitengesetz, gibt den Verwaltungsbehörden und anderen staatlichen Einrichtungen die gesetzliche Grundlage, Verwarnungs- und Bußgelder zu verhängen, um Verwaltungsakte durchzusetzen.

OVG Oberverwaltungsgericht, in manchen Bundesländern auch VGH (Verwaltungsgerichtshof) genannt, höchste Instanz der

Verwaltungsgerichtsbarkeit eines Bundeslandes, im Instanzenzug folgt dann das Bundesverwaltungsgericht.

Sphärentheorie des Bundesverfassungsgerichts unterscheidet zwischen:

- **Sozialsphäre:** Lebensbereich eines Menschen, der in der Öffentlichkeit stattfindet (vgl. BVerfGE 101, 361) und daher weniger intensiv geschützt wird als die Privatsphäre.
- **Privatsphäre:** Lebensbereich eines Menschen, der nicht öffentlich stattfindet (vgl. BVerfGE 101, 361) und daher besonderen Grundrechtsschutz genießt.
- **Intimsphäre:** Kernbereich der Privatsphäre, der als unantastbarer Bereich privater Lebensgestaltung auch der Einwirkung der öffentlichen Gewalt entzogen ist (vgl. BVerfGE 34, 238, 245).

StGB Strafgesetzbuch, regelt die allgemeinen Bedingungen der Strafbarkeit und die Kernstraftatbestände, wie z B. Diebstahls-, Betrugs-, Körperverletzungs-, Tötungsdelikte.

Tatbestand Gesetzlich festgelegte Kriterien, die einen bestimmten Sachverhalt kennzeichnen.

Verfassungsgut Durch die Verfassung geschütztes Recht.

VGH Verwaltungsgerichtshof, in manchen Bundesländern auch OVG (Oberverwaltungsgericht) genannt, höchste Instanz der Verwaltungsgerichtsbarkeit eines Bundeslandes, im Instanzenzug folgt dann das Bundesverwaltungsgericht.

Vlog Videoblog, Blog: Webseite, die tagebuchartig geführt wird und regelmäßig um neue Inhalte zu einem bestimmten Thema ergänzt wird.

Zivilrecht Bürgerliches Recht, Bezeichnung für die Rechtsbeziehungen zwischen den Bürgern eines Staates, die in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere durch das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) geregelt werden.

Literatur- verzeichnis

Ascheid/Preis/Schmidt, Kündigungsrecht, Großkommentar zum gesamten Recht der Beendigung von Arbeitsverhältnissen, Herausgeber: Linck, Rüdiger / Preis, Ulrich / Schmidt, Ingrid, 7. Auflage, München 2024 (zitiert: Bearbeiter, in: Ascheid/Preis/Schmidt, KündigungsR, Gesetz § Rn.).

Coke, Edward The Selected Writings and Speeches of Sir Edward Coke, herausgegeben von Steve Sheppard, Indianapolis 2003.

Coleman, Paul Zensiert - Wie europäische „Hassrede“-Gesetze die Meinungsfreiheit bedrohen, Basel, 2020.

Die Bibel, Elberfelder Übersetzung revidiert, (Rev. 26) 1985/1991/2008, Witten, zitiert nach www.bibelserver.com, Webseite des ERF Medien e. V., Wetzlar.

Dürig/Herzog/Scholz, Grundgesetz Kommentar Herausgeber: Herzog, Roman / Herdegen, Matthias / Scholz, Rupert / Klein, Hans H., Band I Art. 1–5, 105. Ergänzungslieferung, München, August 2024 (zitiert: Bearbeiter, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 106. EL Oktober 2024, Art. Rn.).

Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht Herausgeber: Müller-Glöge, Rudi / Preis, Ulrich / Gallner, Inken / Schmidt, Ingrid, 25. Auflage, München 2025 (zitiert Bearbeiter, in: ErfKomm ArbR, GG, Art. Rn.).

Evangelical Alliance U. K. ,The Lawyers' Christian Fellowship U. K.

Speak up – The law and your Gospel Freedoms, 2016.

Evangelische Allianz Gesetz zum Schutz vor

Konversionsbehandlungen, Eine Handreichung für christliche Gemeinden, Bad Blankenburg, 2020.

Evangelische Allianz Deutschland, Selbstbestimmungsgesetz –

Eine Handreichung für christliche Gemeinden, 2025.

Heinig, Hans Michael Religion an der Universität,

Uni für befreites Beten, Gastbeitrag in DIE ZEIT Nr. 11/2017.

Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht, Band 1,

Individualarbeitsrecht I, Herausgeber: Kiel, Heinrich / Lunk, Stefan / Oetker, Hartmut, 6. Auflage, München 2024 (zitiert: Bearbeiter, in: MHdB ArbR, 6. Aufl. 2024, § Rn.).

Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch

Herausgeber: Säcker, Franz Jürgen / Rixecker, Roland / Oetker, Hartmut / Limperg, Bettina, Band 2 Schuldrecht – Allgemeiner Teil I, 9. Auflage, München 2022 (zitiert Bearbeiter, in: MüKo BGB 9. Aufl. 2022, § Rn.).

Schubert, Jens M. Religiöse Symbole und Kleidungsstücke am

Arbeitsplatz, in: NJW 2017, 2582 (zitiert: Schubert, in: NJW 2017, S.).



ADF INTERNATIONAL

Wir schützen Freiheit. Weltweit. Mit Recht.

ADF International ist eine rein spendenfinanzierte, christliche Menschenrechtsorganisation. Wir setzen uns weltweit für Religions- und Gewissensfreiheit, Schutz des menschlichen Lebens sowie Ehe und Familie ein. Dank eines Netzwerks von Partneranwälten können wir weltweit helfen. Seit Beginn unserer Arbeit in Europa konnten wir bereits 39 Siege vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erzielen und arbeiten aktuell an über 800 Fällen und Projekten in über 70 Ländern weltweit.



Mehr Informationen zu unserer Arbeit finden Sie unter
www.ADFinternational.de



Bestellen Sie
kostenfrei ein Exemplar
unseres Impact Magazins
oder melden Sie sich für
den Newsletter an:

ADFinternational.org/de/ressourcen



Evangelische Allianz Deutschland

gemeinsam glauben, miteinander handeln.

Die Evangelische Allianz wurde 1846 in London gegründet und ist ein Netzwerk von Christen aus unterschiedlichen Kirchen, Gemeinden und Werken. Ihr Zentrum in Deutschland hat sie im Evangelischen Allianzhaus in Bad Blankenburg (Thüringen)

Mit einer gemeinsamen Glaubensbasis steht sie für:

- » Für die Einheit der Christen
- » Für gemeinsames Beten
- » Für gemeinsames Vertrauen auf Gottes Wort
- » Für gemeinsames Bezeugen des christlichen Glaubens
- » Für gemeinsame ‚Zeitansagen‘ zu gesellschaftlich relevanten Themen in Übereinstimmung mit dem christlichen Glauben und für die Übernahme von Verantwortung in unserer Welt.

Evangelische Allianz Deutschland e. V.

gemeinsam glauben, miteinander handeln.

Esplanade 5–10a | 07422 Bad Blankenburg

Tel: +49 3 67 41 / 24 24 | Fax: +49 3 67 41 / 32 12

info@ead.de | www.ead.de

Bankverbindungen: Evangelische Bank eG

IBAN: DE87 5206 0410 0000 4168 00 | BIC: GENODEF1EK1